

CONSIGLIO REGIONALE DEL TRENINO - ALTO ADIGE
REGIONALRAT TRENINO - TIROLER ETSCHLAND

UFFICIO RESOCONTI CONSILIARI

SEDUTA

14.

SITZUNG

24-4-1961

Presidente: ALBERTINI

Vicepresidente: PUPP

IV. LEGISLATURA - IV. LEGISLATURPERIODE

INDICE

Disegno di legge n. 5 :

« Stati di previsione dell'entrata e della spesa della Regione Trentino - Alto Adige per l'esercizio finanziario 1961 »

pag. 3-23

Deliberazione concernente il bilancio di previsione del Consiglio regionale per l'esercizio finanziario 1961

pag. 12

INHALTSANGABE

Gesetzentwurf Nr. 5 :

« Voranschläge der Einnahmen und Ausgaben der Region Trentino - Tiroler Etschland für das Rechnungsjahr 1961 »

Seite 3-23

Beschluß betreffend den Haushaltsvoranschlag des Regionalrates für das Rechnungsjahr 1961

Seite 12

A CURA DELL'UFFICIO
RESOCONTI CONSILIARI

Ore 9,25.

PRESIDENTE: La seduta è aperta. Appello nominale.

MARZIANI (Segretario questore - D.C.):
(fa l'appello nominale).

PRESIDENTE: Lettura del processo verbale della seduta 19-4-1961.

MARZIANI (Segretario questore - D.C.):
(legge il processo verbale).

PRESIDENTE: Osservazioni sul verbale? Nessuna, il verbale è approvato.

Continua la discussione sul **disegno di legge n. 5**: « *Stati di previsione dell'entrata e della spesa della Regione Trentino - Alto Adige per l'esercizio finanziario 1961* ».

La parola al cons. Brugger, per la continuazione del suo discorso.

BRUGGER (S.V.P.): Ich wäre sehr dankbar, wenn ich mit meinen Ausführungen beginnen könnte, kann dies aber erst tun, sobald wenigstens ein Mitglied des Regionalausschusses anwesend ist. Meine Ausführungen sind ja in erster Linie für den Regionalausschuß bestimmt und nicht für die Kollegen des Regionalrates, die pünktlich erschienen sind.

(Sarei molto grato, se potessi incominciare a dire quanto ho da esporre. Lo posso peraltro fare soltanto alla presenza di almeno uno dei membri della Giunta regionale. Ciò perchè il mio intervento è destinato in primo luogo all'indirizzo della Giunta regionale e non tanto ai colleghi del Consiglio, intervenuti tutti puntualmente.)

PRESIDENTE: Il numero legale è chiesto per la votazione. Lei chiede la verifica del numero legale? La seduta è sospesa per un'ora.

(ore 9,30).

Ore 9,40.

PRESIDENTE: In base al regolamento riprendiamo la seduta. Pare che i presenti siano in numero legale. I segretari che contano i presenti non ci sono. Siamo in 27, possiamo procedere.

La parola al cons. Brugger.

BRUGGER (S.V.P.): In der letzten Sitzung hatte ich mir erlaubt, einige Erwägungen über das Berggesetz vorzubringen. Ich hatte erklärt, daß das Berggesetz an sich zu begrüßen ist und daß die Bestimmungen zur Hebung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in den Berggebieten objektiv als sehr gut be-

zeichnet werden müssen. Jedoch ist auch festgestellt worden, daß diese Vergünstigungen, die der bergbäuerlichen Bevölkerung aus dem Gesetze zuteil werden, auf der anderen Seite wieder genommen wurden, indem fast gleichzeitig mit der Verabschiedung des Berggesetzes mit Dekret des Finanzministers eine Bestimmung erlassen wurde, wonach die Umsatzsteuer auf Holz nicht vom Käufer, sondern vom Eigentümer des Waldes entrichtet werden muß. Wenn wir nun die Beträge, die als neue Belastung dem Bergbauern erwachsen, mit den Beträgen vergleichen, die im Wege des Berggesetzes zur Verfügung gestellt werden, dann müssen wir feststellen, daß die letzteren wesentlich niedriger sind als die Beträge, die als Umsatzsteuer vom Bergbauern wieder eingehoben werden.

Es wurde auch hervorgehoben, daß die größte Stütze des Bergbauern eigentlich der Wald ist. Nur wenn der Bergbauer größere Eigentumswaldungen hat, kann er sich bei der jetzigen schwierigen wirtschaftlichen Entwicklung behaupten. Nun hat aber der Staat gerade diese Eigentumswaldungen der Bergbauern besonders schwer belastet, nicht nur durch die neue Umsatzsteuer, die vom waldbesitzenden Bergbauern entrichtet werden muß, sondern auch durch die Schätzung der Wälder bei Erbolge für die Zwecke der Erbschaftsgebühren. Während bei allen übrigen Kulturen für die Berechnung des Wertes der bäuerlichen Betriebe für die Zwecke der Erbschaftssteuer Koeffizienten bestehen, werden die Eigentumswaldungen auf Grund des Verkehrswertes durch die zuständige Finanzbehörde geschätzt, so daß der Bergbauer bei Erbschaftsübergängen viel mehr belastet wird als der vielleicht wesentlich rentablere Betrieb in der Talsohle. Es müßten also wohl auch hier seitens der Regio-

nalverwaltung Vorkehrungen getroffen werden, damit die Schätzung der Waldungen für die indirekte Steuer im Erbschaftswege genauso vorgenommen wird wie die der anderen bäuerlichen Kulturen, und zwar durch Anwendung bestimmter Koeffizienten. Dies wäre eine wesentliche Hilfe für die bergbäuerliche Wirtschaft, indem dadurch Kapital, das in die Staatskasse geht, den Bergbauern erhalten bliebe. Es wäre besser, wenn man mehr als bisher dafür sorgen würde, den Bergbauern Auslagen zu ersparen, anstatt ihnen kleine Beiträge zu geben und sie dadurch weniger selbständig zu machen. Die Durchführung des Berggesetzes hat gezeigt, daß man bestrebt ist, mit den wenigen Geldmitteln, die zur Verfügung stehen, eine möglichst hohe Anzahl von Ansuchen zu befriedigen. Man hat zunächst einmal versucht, durch Rundschreiben, die von der Verwaltungsbehörde zur Durchführung des Berggesetzes erlassen werden, die Vielzahl der Maßnahmen des Gesetzes einzuschränken, um damit angesichts der niedrigen Beträge, die zur Verfügung stehen, eine Grenze zu setzen. Außerdem ist die verwaltende Behörde — nicht in schlechter Absicht, sondern immer nur, um möglichst viele Ansuchen befriedigen zu können — dazu übergegangen, die Voranschläge, die den Ansuchen und Projekten beigelegt werden, nach Möglichkeit zu streichen, um dadurch Einsparungen zu ermöglichen.

Man hat trotz des besten Willens — den niemand absprechen will —, infolge der geringen Mittel, die auf Grund dieses Gesetzes ausgeworfen werden, das Gegenteil von dem erreicht, was eigentlich in der Absicht des Gesetzgebers lag. Denn jeder Bergbauer, der irgendeine Maßnahme durchführen will, für die im Gesetz ein Beitrag in Aussicht gestellt wird, wartet mit der Verwirklichung dieser Maßnahme so lange, bis er eine gewisse Sicherheit hat,

daß er auch einen Beitrag bekommt. Die Baugenehmigungen können aber erst gegeben werden, sobald die nötigen finanziellen Mittel zur Verfügung stehen, und da sie meist lange auf sich warten lassen, verzögert sich häufig die Initiative recht beträchtlich. Somit bewirkt die Auswerfung von so bescheidenen Geldmitteln auf Grund dieses Gesetzes, daß manchmal sehr dringende und zweckmäßige Maßnahmen auf Jahre hinaus verzögert werden.

Ich möchte deswegen in diesem Zusammenhange einen Vorschlag machen. Aus der Antwort des zuständigen Regionalassessors ergibt sich, daß hinsichtlich der Geldmittel aus diesem von der Region rezipierten Gesetz keine getrennte Abfindung stattfindet, sondern daß der Betrag, der für die Durchführung dieses Gesetzes zur Verfügung gestellt werden kann, gemeinsam mit den Beträgen, die im Wege des Artikels 60 auf die Region überwält werden, in Rom ausgehandelt wird. Nun steht der Staat nach wiederholten Äußerungen der Zentralregierung auf dem Standpunkt, daß trotz der primären Kompetenz der Region auf gewissen Gebieten er ohne weiteres das Recht hat, in denselben Sachgebieten auch im Wege staatlicher Gesetze Maßnahmen zu ergreifen, die parallel zu den Maßnahmen der Region oder auch des Landes laufen können. Ich erinnere dabei an Äußerungen, die von der zuständigen Zentralbehörde über den Volkswohnbau gemacht worden sind. Da nun Maßnahmen des Staates und Maßnahmen der Region, zum Beispiel zur Unterstützung der bergbäuerlichen Bevölkerung, parallel laufen können, ist man, um Verwaltungsschwierigkeiten zu vermeiden, dazu übergegangen, solche Gesetze des Staates zu rezipieren, wenn sie in die primäre Kompetenz der Region fallen, und dies ist beim Berggesetz geschehen. Es wäre nun bei Rezipierung von Staatsgesetzen durchaus ange-

zeigt, getrennte präzise Verhandlungen mit der Zentralbehörde zu führen, in denen ein im Verhältnis zu den anderen Provinzen und Regionen angemessener Betrag ausgehandelt werden müßte. Wenn man die Zahl der bäuerlichen Bevölkerung und das Gebiet, auf welches sich die Wirksamkeit dieses Gesetzes erstreckt, als Grundlage nehmen würde, so glaube ich, würde man den gerechten Anteil für unsere Region ermitteln können. Für die weiteren Bemühungen der Region, auf Grund dieses Gesetzes mehr Geldmittel zu bekommen, wäre es meiner Ansicht nach nützlich, wenn man überprüfen würde, wieviel Geldmittel im Wege dieses Gesetzes in anderen Bergprovinzen ausgeworfen werden. Ich bin überzeugt, daß in anderen Bergprovinzen — in Piemont vielleicht oder auch in der benachbarten Provinz Belluno — relativ mehr Geldmittel im Wege des Berggesetzes zur Verfügung gestellt werden, als unserer Region durch das rezipierte Gesetz zufließen.

Meine Empfehlung an den Regionalausschuß wäre somit die, bei rezipierten Staatsgesetzen nach vorheriger Bereitstellung der notwendigen Unterlagen diese Methode zur Erreichung einer gerechten Finanzierung in den Verhandlungen mit dem Staate anzuwenden.

(Nell'ultima seduta mi ero permesso di fare alcune considerazioni in merito alla legge sulla montagna. Avevo dichiarato che la legge sulla montagna va senz'altro salutata e che le disposizioni per il miglioramento delle condizioni economiche e sociali delle zone montane vanno obiettivamente valutate come ottime. Si è peraltro dovuto constatare che i benefici previsti dalla legge in parola a favore della popolazione montana vengono dall'altra parte frustrati inquantochè quasi contemporaneamente con la sua approvazione era stato emanato un

decreto del ministro alle finanze contenente una disposizione, secondo la quale l'I.G.E. sul legname deve essere pagata non dal compratore, ma invece dal proprietario del bosco. Ne consegue che, confrontando le somme derivanti dal nuovo aggravio a carico dei contadini di montagna con quelle da erogarsi tramite la legge in parola, si arriva a constatare che queste ultime si rivelano notevolmente inferiori alle somme che il contadino è costretto di pagare per l'I.G.E.

È stato pure messo in risalto che il sostegno maggiore per l'esistenza del contadino di montagna è per la verità costituito dal bosco. Il contadino di montagna riesce ad affermarsi solamente se è in possesso di boschi a proprietà individuale, senza i quali non sarà capace di affrontare le esigenze del complesso e difficile sviluppo economico. Malgrado ciò lo Stato però ha gravati i boschi a proprietà individuale del contadino di montagna in maniera assai pesante, e ciò non solo attraverso la nuova I.G.E. da versare da parte del contadino, ma pure attraverso la stima dei boschi in caso di successione ai fini delle relative tasse. Mentre per tutte le altre colture esistono dei coefficienti per calcolare il valore imponibile delle aziende agricole ai fini della tassa di successione, i boschi a proprietà individuale vengono invece sottoposti da parte delle competenti autorità finanziarie e fiscali a stime basate sul valore commerciale. In casi di successione il contadino di montagna risulta per conseguenza molto più soggetto alla relativa tassa di quanto forse non si verifica nei confronti delle aziende più redditizie situate nel fondovalle. L'Amministrazione regionale dovrebbe pertanto prendere al riguardo adeguati provvedimenti miranti a far sì che la stima dei boschi ai fini dell'imposta indiretta venga per le successioni effettuata tale e quale si

fa per le altre colture agrarie, applicando cioè determinati coefficienti. Sarebbe questo un aiuto concreto e sostanziale a favore dell'economia montana, visto e considerato che così facendo il capitale destinato alle casse dello Stato resterebbe conservato al singolo contadino di montagna. Molto meglio sarebbe di provvedere affinché — più di quanto non è avvenuto nel passato — si eviti al contadino di montagna delle spese gravose, anziché concedergli delle piccole somme rendendolo in tal modo meno indipendente. L'attuazione della legge sulla montagna ha poi dimostrato che si tende soddisfare il maggior numero possibile di domande con i pochi e scarsi fondi previsti. Si era così portati a tentare mediante una circolare emanata dall'autorità amministrativa sull'attuazione della legge, di limitare il numero dei provvedimenti che la legge prevede onde porre in tal modo un limite di fronte alle esigue somme disponibili. L'autorità amministrativa inoltre — e non certo per cattiva intenzione, ma sempre per riuscire a soddisfare il maggior numero possibile di domande — è passata a cancellare addirittura i preventivi annessi alle domande e ai progetti al fine di realizzare il più possibile delle economie.

Nonostante tutta la buona volontà, che nessuno intenderà negare, si è arrivati a raggiungere il risultato opposto di quanto si era prefisso di raggiungere il legislatore, e tutto ciò per i mezzi esigui stanziati in base a questa legge. Appare naturale che chiunque dei contadini di montagna intende fare qualche cosa per cui la legge prevede un contributo, attende di farlo fino a non avere almeno approssimativamente la certezza di ottenere un contributo. D'altra parte le licenze di costruzione si possono rilasciare soltanto quando ci sono i mezzi finanziari occorrenti che, facendosi nella maggior parte dei casi attendere a lungo, le ini-

ziate subiscono molto spesso dei considerevoli ritardi. Lo stanziamento di fondi tanto esigui comporta quindi che talvolta delle misure urgenti e opportune devono essere ritardate per anni.

In connessione con tutto ciò vorrei pertanto fare una proposta. Dalla risposta dell'assessore regionale competente emerge che per i fondi di questa legge recepita dalla Regione non si effettua una liquidazione separata, ma che la somma messa a disposizione per l'attuazione della legge stessa viene erogata unitamente alle somme convenute a Roma in base all'art. 60. Orbene: stando alle ripetute dichiarazioni del Governo centrale, lo Stato sostiene il punto di vista di avere senz'altro il diritto — nonostante la competenza primaria della Regione — a prendere parallelamente e nelle stesse materie in cui la Regione oppure la Provincia è competente dei provvedimenti per mezzo di leggi statali. Ricordo al riguardo le dichiarazioni fatte da parte dell'autorità centrale competente sull'edilizia popolare. Visto che i provvedimenti dello Stato e quelli della Regione, come ad esempio sulle provvidenze a favore della popolazione rurale montana, possono essere effettuati parallelamente, al fine di evitare difficoltà di natura amministrativa si è passati a recepire quelle leggi dello Stato che ricadono nella competenza primaria della Regione, cosa poi avvenuta nel caso della legge sulla montagna.

Recependo leggi statali sarebbe pertanto opportuno condurre con le autorità centrali trattative separate onde convenire l'entità di fondi commisurati proporzionalmente rispetto a quelli di altre province e regioni. Prendendo per base il numero della popolazione rurale e il territorio cui va riferita l'efficacia della legge, penso sia possibile arrivare a stabilire la giusta quota parte spettante alla nostra Regione. In

quanto agli ulteriori sforzi che la Regione andrà compiendo per ottenere in base alla legge fondi maggiori, ritengo sia utile di esaminare per vedere, quali e quanti sono i mezzi che tramite questa legge sono previsti per le altre province montane. Sono convinto che per altre province montane — forse potrebbe essere il Piemonte o la provincia vicina di Belluno — i fondi stanziati nel quadro della legge sulla montagna sono superiori a quelli che alla nostra Regione provengono attraverso la legge recepita.

Raccomanderei pertanto alla Giunta regionale, di applicare tale metodo al fine di raggiungere un più rispondente finanziamento e di attenersi nelle trattative con lo Stato allorché avremo a che fare con leggi nazionali da recepire.)

PRESIDENTE: Nessun altro chiede la parola? La parola al cons. Nardin.

NARDIN (P.C.I.): Io ho ascoltato con molto interesse queste dissertazioni sulla legge della montagna, sulle necessità della nostra montagna e così via. Queste cose le abbiamo sentite diverse volte nel corso di questi anni, e sono state espresse anche da parte nostra più volte, soprattutto quando chiedevamo una politica efficiente in direzione della montagna, sia qui come nei Consigli provinciali di Trento e di Bolzano. Oggi, da parte di qualche settore si viene quasi a sostenere le stesse tesi — mi riferisco agli aspetti dell'intervento del collega Brugger, — e da un'altra parte invece — da parte dell'Assessore Pedrini, che è il tecnico per eccellenza nella nostra Regione dei problemi montani — si continua a sostenere delle strane tesi. L'Assessore Pedrini, il nostro tecnico per eccellenza, che cosa ci ha detto? Ci ha detto che se di fronte alle esperienze fatte

con la legge 991, noi non possiamo essere molto soddisfatti, adesso tutte le nostre aspettative le dobbiamo investire sul cosiddetto « Piano Verde ». Quindi le lamentazioni bisogna sospenderle, in attesa dell'entrata in funzione del Piano Verde, il quale sicuramente sanerà tutte quelle zone che non sono state sanate attraverso la legge sulla montagna. Questo è un rinviare di anno in anno, di decennio in decennio, la soluzione di determinati progetti. E non mi pare che sia giusto, perchè la nostra Regione ha il dovere e il diritto di attendersi da provvedimenti legislativi nazionali, e dai relativi fondi assegnati, quegli interventi che possono determinare una politica in direzione dell'agricoltura soprattutto della montagna, che è la più povera, come sappiamo, che è quella che meno ha registrato, nel complesso, gli interventi della nostra amministrazione regionale, e, almeno in Alto Adige, anche dell'amministrazione provinciale di Bolzano, nel corso di questi anni, dal '48 ad oggi. Quindi, è giusto attenderci qualcosa dalle leggi nazionali, ma poi come Regione in direzione del miglioramento delle aziende agricole montane, quale politica si intende fare? Perchè è ora di finirla di menare il can per l'aia e dire che se i contadini di montagna si lamentano in quanto non vedono una sufficiente politica in direzione della valorizzazione, dell'agricoltura e della difesa delle aziende agricole montane, tuttavia l'ente pubblico, Regione ecc., « fa tanto per la montagna ». Fa le strade, fa le opere per la sistemazione dei bacini; la politica dei lavori pubblici cioè è quella che serve ad assicurare quel quid di lavoro e di benessere che integra quanto non può dare una modesta agricoltura. È ora di finirla con questo sistema, e penso che varrebbe la pena di cominciare, dal momento che siete tutti allo studio, signori dell'amministrazione regionale, di cominciare a studiare se non valga

la pena di modificare la legge 991, dal momento che è una legge regionale, se pure di eccezione. E quando ci sarà la legge sul Piano Verde, vedere come adattarla questa legge in direzione della nostra Regione, e quindi di apportarvi quelle modifiche che si rendono indispensabili per la nostra economia agricola montana. Soprattutto vedere quali altri interventi integrativi la Regione deve svolgere attraverso provvedimenti legislativi idonei. Questo bisognerebbe cominciare a studiarlo. Io non capisco il senso del convegno che si è tenuto non alla Camera di commercio, ma alla Filarmonica di Trento, a cui accennava il collega Vinante nel suo intervento di giorni fa. Siamo andati a quel convegno, anche noi di Bolzano, e abbiamo avuto le relazioni, ho qui per esempio quella del prof. Perini. Che senso ha avuto poi, che riflesso ha avuto questo convegno in cui il senatore Spagnolli ha fatto grandi discorsi di impegni ministeriali? Nessun senso, perchè la Regione, cioè il primo Ente che avrebbe dovuto prendere in mano le direttive di quel convegno, per lo sviluppo economico soprattutto delle zone montane, ha ignorato nella pratica gli insegnamenti di quel convegno. Ditemi quale provvedimento è stato proposto, atto a modificare le leggi vigenti, il tran tran tradizionale, dal novembre 1959. Non si è fatto niente, ed oggi ci si dice di aspettare il Piano Verde, per chiuderci la bocca, per dire « sospendiamo una trattazione che è inutile ». È una strana posizione questa, quando sappiamo che il Piano Verde sarà ben lungi dal risolvere la situazione dell'agricoltura italiana e soprattutto della montagna. E soprattutto sarà ben lungi dal risolvere la situazione della nostra montagna. Ma il Piano Verde contiene, come cifra massima 40.000.000.000 per la valorizzazione dei territori montani e opere di miglioramento nelle aziende agricole montane, su

550.000.000.000 da diluire in cinque anni. E sta bene che una serie di altri stanziamenti potranno servire alla montagna, però ricordiamoci che in direzione della montagna — lo hanno detto al Parlamento in maniera molto chiara — serviranno soprattutto questi 40.000.000.000 in cinque anni. Quindi, possiamo arrivare come fa il collega Brugger, a riconoscere la bontà della legge sulla montagna, a lanciare fiori a questa legge 991? Ma che legge è, che buona legge è quella che poi non trova il finanziamento adeguato? È una buona legge, ma con scarsi stanziamenti. Questo elide la buona legge, e nella pratica l'abbiamo visto. E in più al Senato, dove si discuterà prossimamente la legge sul Piano Verde, sembra che sia intenzione della maggioranza convergente, la quale ha consentito alla Camera dei deputati di far passare le peggiori cose, relativamente a questa legge, sembra che si intenda assegnare il 60% dei contributi, relativi al Piano Verde in generale, al Mezzogiorno. Ora, nulla da dire, non faccio una polemica antisud da questi banchi, ma lo dico soltanto perchè questa chiave di ripartizione deve ridimensionare parecchie delle nostre speranze anche qua nel Trentino - Alto Adige. Quindi si deve perlomeno tagliare una parte di discorsi dell'Assessore Turrini, inneggianti alle future soluzioni del Piano Verde. Quindi non illudiamoci, dobbiamo incominciare a vedere, prima che veramente sia troppo tardi, che cosa fare organicamente noi come Regione, insieme alle leggi nazionali che abbiamo recepito e recepiremo, che cosa fare soprattutto in direzione della montagna. Continuando sì, a vivificare la politica dei lavori pubblici di questo genere, che perlomeno è un elemento sussidiario di reddito ed impiego nella montagna, ma soprattutto impostando una politica che veda questa politica dirigersi verso il miglio-

ramento delle aziende agricole montane. Va difeso quello che va difeso, va ridimensionato quello che va ridimensionato. Bisognerà riesaminare, ex novo, tutto il problema della nostra montagna, così come per i vasti settori dell'agricoltura nazionale si impone una revisione, si sta anzi realizzando una revisione ex novo di tutta la impostazione economica e sociale in vaste plaghe della nostra agricoltura, importanti per la nostra agricoltura. Questo è da farsi, ma non continuare a ingannarci gli uni con gli altri. Prima della legge 991, io mi ricordo le speranze che c'erano nei contadini, mi ricordo le speranze che c'erano in noi, mi ricordo gli alati discorsi di alcuni dirigenti, anche vostri, che ci parlavano della futura legge della montagna, come del toccasana; ed ecco che oggi siamo costretti ad ammettere il mezzo fallimento di questa legge, soprattutto perchè non ha avuto una finanza adeguata alle necessità. In secondo luogo — e cerchiamo di trovare già un alibi nel futuro Piano Verde — sappiamo benissimo che il futuro Piano Verde non può, così come è impostato, risolvere assolutamente la situazione; sarà una ripetizione, forse peggiore, della legge 991, da un certo punto di vista. Ed è per questo che le sinistre hanno votato contro alla Camera dei Deputati, perchè, grazie all'alleanza coi convergenti, cosiddetti « paralleli », la D.C. e le destre hanno potuto imporre in ogni parte della legge i loro diktat. Ora quindi non possiamo contare sul Piano Verde, se non in misura limitata. Questo ce lo dice soprattutto il Ministro Rumor. Come parlava il Ministro Rumor, nel marzo 1960, del Piano Verde? Parlava come « del disegno di legge che è la più recente presa di coscienza da parte dello Stato, dei vasti e complessi problemi economici e sociali dell'agricoltura italiana, che, dall'unità nazionale in poi, così spesso si sono posti come

motivo di vivo, talvolta drammatico interesse richiamando a volta a volta a gravosi e impegnativi compiti le forze politiche produttive più responsabili ». Cioè era il piano toccasana dell'agricoltura in generale. Viceversa, nel suo ultimo discorso alla Camera dei Deputati, dopo aver fatto molto rumore per nulla, nel marzo 1960, Rumor dice: « il Piano Verde non risolve, non intende risolvere tutti i problemi dell'agricoltura. Bisogna por mano ai problemi di struttura non risolti, ma intanto è anzitutto necessario affrontare i problemi pur essi di struttura, di un razionale adeguamento dell'agricoltura, le esigenze di impieghi di mercato ». E cioè è un palliativo ancora, in attesa di un piano, — chissà che colore avrà, come queste tavolozze —, in attesa di quel famoso piano che risolverà. E questa posizione del Ministro Rumor e dei tecnici e dei politici che hanno predisposto il Piano Verde, si riflette anche qui. Anche l'anno scorso, mi ricordo, ho preso la parola, così a titolo provocatorio, al Consiglio regionale a Bolzano, per chiedere chiarimenti e lumi ai nostri tecnici, a Pedrini stesso, al collega Dallarosa, ed essi hanno parlato come ha parlato Rumor nel marzo 1960. Oggi cambia la musica a Roma, cambia la musica a Trento. E Pedrini ci viene a dire: pensiamo al Piano Verde, però non sarà quello che risolverà compiutamente tutti i nostri problemi. E avanti di questo passo. La stessa posizione della bonomiana, che qui è tanto forte, qual è? È cambiata. Da principio Bonomi chiedeva ad esempio, — ed era importante questa rivendicazione, — che fosse riservato ai coltivatori diretti, — non al tramite di Enti, Consorzi, e così via, di cui c'è una miriade in Italia, — fosse riservato il 60% degli investimenti previsti dal piano e aveva annunciato una posizione che da parte di alcuni ambienti della stessa D.C. è ritenuta pericolosa, una

posizione richiedente una revisione del piano. Viceversa oggi Bonomi è entusiasta del piano. Vedete quale cambiamento. E questo si riflette anche qui, per cui si deve convenire che le parole di speranza, quasi intese a farci credere che si è all'inizio della soluzione di alcuni dei problemi più grossi della nostra montagna con l'entrata in vigore del Piano Verde, pur dicendo che il Piano Verde non risolverà tutti i problemi, sono solo parole. Dinanzi all'evidenza delle cifre che ho citato prima, i 40.000.000.000 precipuamente assegnati alla montagna italiana, dinanzi al sistema, al meccanismo sul quale è basata la legge, che non consente al coltivatore l'invio dei contributi direttamente alla campagna, ma tramite tutto un castello burocratico che è pauroso a studiarlo nella legge, si resta perplessi. E quindi, non credo che solo questa sia la strada da seguire, quella cioè di attendere messianicamente l'entrata in vigore di questo piano, perchè i problemi che non sono stati risolti con la 991, in buona parte saranno risolti con questa. No, bisogna cominciare a studiare diversamente, credo, il problema della montagna. E sottoscrivo in pieno, — a parte alcuni episodi, alcune statistiche registrate dal collega Vinante, su cui non posso esprimermi, — lo spirito dell'intervento del collega Vinante, che appassionatamente si è battuto giorni fa, per incominciare a vedere altre soluzioni in direzione della montagna, da non immiserire in una polemica, fiacca oltretutto, con i problemi della Val di Fiemme. Pedrini, io mi ricordo quando tu eri un feroce antiautonomista, quando eri dipendente dello Stato, prima che venisse fuori lo Statuto e l'autonomia a Bolzano. C'è chi ricorda con un certo stupore le posizioni, che potevano essere legittime, di un funzionario statale che era in procinto di passare alle dipendenze di un bieco organismo autonomista.

Allora gli autonomisti avevano la posizione ben chiara e gli antiautonomisti pure. Poi, sei diventato fortemente autonomista, la legge 991, secondo te, all'inizio doveva essere il toc-casana, adesso no. Quando una volta ti parlai, — eri Assessore all'agricoltura, — della necessità di riformare le leggi sulla montagna, mi hai detto: ma Nardin, tutte le nostre leggi sono leggi per la montagna, perciò non c'è bisogno di cambiare la legge 991, quando l'autonomia è un po' una legge della montagna. L'altro giorno poi, vieni a far la predica sul futuro Piano Verde. E sei, lo riconosco, uno dei più valenti tecnici della nostra Regione, non ironicamente. Ora, io chiedo — scusami queste parentesi quasi polemiche, — chiedo che i nostri tecnici, cominciando da te, Pedrini, insieme all'amministrazione regionale, utilizzino le loro capacità, le loro conoscenze, per vedere proprio che cosa si può fare per difendere meglio la montagna, in direzione dell'agricoltura — non tanto di quelle attività sussidiarie che sappiamo hanno il loro corso, lavori pubblici, turismo e cose di questo genere, — che cosa si deve fare nel momento attuale e per il futuro, presente la legge sul Piano Verde, presente la legge sulla montagna, presente la situazione economica regionale generale, presente il Mercato comune, presente tutti i fatti che oggi contrassegnano la nostra attuale epoca economica. Questo, mi pare che si dovrebbe fare come amministrazione regionale, insieme alle amministrazioni provinciali, insieme ai comuni, a tecnici, associazioni, soprattutto dei contadini, in qualsiasi parte del Trentino - Alto Adige. Effettivamente, con il tran tran che dobbiamo registrare oggi in riferimento a tutti i piani passati, credo che andiamo verso il peggio. Oggi stesso noi dobbiamo registrare dei risultati che 6-7 anni fa non ci saremmo attesi così negativi. E perchè dob-

biamo aspettare altri 6-7 anni per registrare ulteriori risultati negativi, quando sappiamo che, in fin dei conti, a parte le ideologie o altro, andare verso la montagna significa veramente, in molti casi, andare verso la parte più povera, più misera della nostra popolazione, che non ha neanche la forza di reagire, tanto è rassegnata ormai per tradizione a certe condizioni? Guardate, ho voluto dire delle cose scottanti, perchè penso che sia l'ora di vedere con maggior fermezza anche la nostra politica in questa direzione. Non sono qui a dire che tutto quello che è stato fatto è stato fatto male, no. Io penso che tutti gli interventi diretti verso la montagna, attraverso la 991, attraverso le leggi regionali o altro, sono stati interventi che hanno servito. Non avranno servito al 100%, saranno serviti al 30%, ebbene, se anche qualche cosa è stato sperperato in montagna, non è in definitiva troppo sperperato. Io mi lamento del fatto che leggi buone potevano diventare più buone, se le modificavamo dal punto di vista legislativo. Ma soprattutto più buone se le finanziavamo noi, lo Stato. Invece questo non è avvenuto. Ora, partendo anche da valutazioni positive circa gli interventi che si sono svolti qui, nel corso di questi anni, in direzione della montagna, vengo a richiedere una politica organica, in direzione della montagna. Non si dica che perchè si ha una legge, due leggi, tre leggi, si ha una politica della montagna. Quando, dopo 6-7 anni, siamo qui a registrare note dolenti che non avremmo pensato di dover registrare 6-7 anni fa. Fin che siamo in tempo, è già troppo tardi comunque, ma fin che siamo ancora in tempo cerchiamo di intervenire. E nei tanti problemi che abbiamo da studiare, cerchiamo di studiare soprattutto questo. Direi di non studiarlo al livello di scrivania di qualche ufficio della Regione soltanto, direi che qui occorre il concorso di

tutti, veramente, per studiare e affrontare soprattutto attraverso una politica organica, che deve essere chiara dal punto di vista legislativo, e ancor più chiara dal punto di vista finanziario, una politica in direzione della montagna. Affidare a qualche ufficio, a qualche impiegato, servirà, ma fino a un certo punto; serve di più, e servirà soprattutto, se ci sarà il massimo concorso, in maniera da dare l'impressione e la sicurezza anche, alle genti della montagna del Trentino e dell'Alto Adige — che sono così fedeli verso la parte vostra, e non ho nulla da dire, perchè ognuno è padrone di far quel che vuole, — comunque, dare la sicurezza che la Regione, oltre a quanto ha fatto, — non vengo a dire dopo le delusioni ecc. ecc., questo lo potremmo dire in altra sede — in un momento particolarmente grave per la nostra agricoltura, particolarmente grave per l'economia montana, seguirà d'ora in avanti una politica seria ed organica da ogni punto di vista. Questo io mi sento di chiedere e penso che non sia inutile anche un piano. Vorrei, se il tono mi ha tradito, non aver dato l'impressione di dare delle lezioni ad alcuno. È soltanto una richiesta che mi sento di sostenere, sulla quale credo che potremmo trovare la più ampia unità, qui e fuori di qui, perchè credo che, se siamo degli uomini, soltanto per un senso umano questo problema ci deve accomunare, soprattutto da ora in avanti. E penso quindi che non dobbiamo ingannarci con delle discussioni che possono eludere i problemi, ma guardare meglio in faccia la realtà. E guardare in faccia la realtà vuol dire: dire verità, non nascondersi dietro il Rumor o i fili d'erba, ma guardare qui, localmente, quello che si può e che si deve fare, chiedendo anche, senza ledere la nostra autonomia, come dice il Presidente di questa alata Giunta, chiedendo anche gli opportuni interventi in sede governa-

tiva. Perchè è giusto che il Governo, anche in questa direzione, preveda opportune misure, opportuni stanziamenti che purtroppo, ai sensi della legge 991, non ha saputo assicurare nel corso di questi anni. E anche per questo le condizioni della montagna sono diventate sempre più gravi.

PRESIDENTE: Trasferiamo la discussione generale sull'agricoltura a quando arriveremo all'Assessorato.

Quindi metto in votazione il cap. 26 dell'entrata. Chi è d'accordo è pregato di alzar la mano: approvato a maggioranza con 15 astensioni.

Abbiamo il cap. 1 del bilancio, parte « Spese » che riguarda il bilancio del Consiglio regionale. Quindi facciamo una breve parentesi e trattiamo il **punto 8 dell'Ordine del giorno**: « *Deliberazione concernente il bilancio di previsione del Consiglio regionale per l'esercizio finanziario 1961* ».

Nel votare il cap. 1 trattiamo anche e deliberiamo il bilancio.

Io ho fatto una relazione:

Signori consiglieri,

a termini dell'art. 2 del Regolamento interno di amministrazione e di contabilità del Consiglio regionale, mi onoro di sottoporre al vostro esame il bilancio di previsione per l'esercizio finanziario 1961, già deliberato dall'Ufficio presidenza nella seduta del 5 gennaio 1961.

Il bilancio che si chiude in pareggio, presenta in complesso una entrata di lire 240 milioni 600 mila ed una spesa di pari importo.

La principale voce dell'entrata riguarda l'assegnazione di lire 237 milioni a favore del Consiglio, prevista al cap. n. 1 dello stato di previsione della spesa della Regione per l'esercizio finanziario 1961.

Le altre voci dell'entrata di cui va fatto cenno sono:

- il cap. n. 1, con una previsione di lire 2.600.000 per interessi su giacenze di cassa presso il Tesoriere;
- il cap. n. 5, che prevede la riscossione dell'anticipazione di lire 1.000.000 per spese di economato, di cui agli articoli 15 e 33 del citato Regolamento interno di amministrazione e contabilità. A tale posta, che ha il carattere di partita di giro, fa riscontro lo stanziamento di pari ammontare iscritto al cap. n. 22 della spesa.

Per quanto concerne la spesa si fa presente:

Il titolo I - Spesa ordinaria - è suddiviso in 18 capitoli.

Al cap. n. 1 è prevista una spesa complessiva di lire 164.500.000 per la corresponsione dell'indennità al Presidente ed al Vicepresidente del Consiglio e dell'indennità ai consiglieri regionali. Per la dimostrazione dell'onere predetto vedasi l'allegato n. 1.

Lo stanziamento del cap. n. 2 (lire 12 milioni) è destinato al pagamento delle indennità e dei rimborsi spese per la partecipazione alle sedute del Consiglio e delle commissioni, nonché delle spese per viaggi del Presidente del Consiglio e dei consiglieri.

Il cap. n. 3 riguarda le spese riservate al Presidente del Consiglio.

Al cap. n. 4 è iscritto lo stanziamento di lire 9 milioni per spese di rappresentanza e per manifestazioni e celebrazioni pubbliche, nonché per contributi e sussidi per assistenza e beneficenza. L'erogazione di tali spese è regolata dall'articolo 1 del Regolamento di contabilità e di amministrazione.

I capitoli dal n. 5 al n. 8 riguardano le spese per il personale del Consiglio. Per quanto concerne in particolare gli stipendi e gli al-

tri assegni fissi (cap. n. 5) la dimostrazione dell'onere di lire 14.000.000 è data dall'allegato n. 2.

Il cap. n. 9 concerne gli oneri previdenziali ed assistenziali sugli assegni corrisposti al personale e le imposte e tasse sulle indennità corrisposte al Presidente del Consiglio ed ai consiglieri e sugli assegni liquidati al personale.

Lo stanziamento di lire 1.700.000 iscritto al cap. n. 10 si riferisce alla spesa per l'assicurazione dei consiglieri regionali contro gli infortuni.

Al cap. n. 11 è prevista una spesa di lire 300.000 per sussidi al personale che trovasi in particolari condizioni di bisogno.

Con lo stanziamento del cap. n. 12 (lire 3.000.000) si provvede al pagamento dei compensi ed al rimborso delle spese ad estranei all'Amministrazione per studi, servizi e prestazioni speciali resi nell'interesse del Consiglio regionale, nonché al pagamento a favore del personale del Consiglio regionale, di prestazioni che eccedono i loro compiti d'ufficio.

Il cap. n. 13 ed il cap. n. 14 riguardano rispettivamente le spese di funzionamento e quelle per la biblioteca, mentre con il cap. n. 15 si provvede alle spese per la manutenzione e la riparazione di mobili, macchine per scrivere, ecc. ed alle spese per l'esercizio e la manutenzione dell'automezzo in dotazione al Consiglio regionale.

Il cap. n. 17 prevede lo stanziamento di lire 50.000 per il rimborso al Tesoriere delle spese minute relative al servizio di cassa ed infine al cap. n. 18 è iscritta la somma di lire 1.000.000 quale fondo di riserva per maggiori spese. Per i prelevamenti dal detto fondo dispone l'art. 5 del Regolamento di amministrazione e contabilità.

Circa il titolo II - Spesa straordinaria - va fatta menzione al cap. n. 19 che prevede lo

stanziamento di lire 2.500.000 per acquisto di mobili, macchine per scrivere, suppellettili ed automezzi.

Per quanto concerne infine il cap. n. 22 si è già accennato in precedenza nel trattare del cap. n. 5 dell'Entrata.

Confido che il progetto proposto riscuoterà la vostra unanime approvazione.

Voglio poi aggiungere un'altra considerazione per quanto riguarda il Consiglio, o, meglio, l'organizzazione degli uffici. Noi abbiamo attualmente 12 persone. Siamo il Consiglio regionale più modesto che vi sia. Il Consiglio regionale sardo ha 65 dipendenti. Non parlo dell'Assemblea siciliana, che ne ha ben di più. Noi abbiamo 12 persone, tante quante si trovano nel gabinetto di un sottosegretario. Di ciò si deve tener conto, specie di fronte a delle critiche di eccessiva burocrazia e di organizzazione pesante. Non abbiamo mai avuto critiche da parte della Giunta.

NARDIN (P.C.I.): Ma dall'opposizione sì? . . .

PRESIDENTE: Neanche. Tenete conto poi che abbiamo dovuto organizzare un ufficio traduzioni con personale del gruppo etnico tedesco. Ciò si è reso necessario in quanto si deve provvedere alla traduzione di tutti gli atti legati alle leggi, inoltre dovremo fare la traduzione degli interventi in lingua tedesca. È un lavoro notevolissimo, impegnativo, sono appena 3 persone, più il prof. Zanetti. Le tre persone addette appartengono al gruppo etnico tedesco; il prof. Zanetti non è un nostro funzionario, ha un incarico professionale. Questo nostro ufficio è sistemato a Bolzano, assieme ad alcuni altri nostri uffici.

Per quanto riguarda l'Ufficio resoconti, dopo la morte del povero stenografo Fonda, abbiamo organizzato diversamente il servizio,

per cui ora si registra tutto su nastro. Questo comporta un aumento di personale, perchè togliere dal nastro è faticoso. Noi abbiamo due persone sole addette a questo lavoro, che non riescono, se non vogliono morirci sotto. Bisognerà, — e l'Ufficio di presidenza pensa già — assumerne altre due, evidentemente una del gruppo etnico tedesco e una del gruppo etnico italiano, per mantenere le proporzioni. Adesso però non possiamo assumerle, in quanto occorre un pubblico concorso, a meno che il Consiglio non faccia una norma speciale. Due sono già state assunte per pubblico concorso. Si sono presentati 170 concorrenti per un concorso di due stenodattilografe; abbiamo preso logicamente le due prime in graduatoria. Ora, questo Ufficio resoconti ha bisogno di 4 persone, altrimenti non va avanti.

Tenete poi conto che l'ufficio legislativo non è coperto da nessuno, e l'ufficio di ragioneria è pure scoperto. Momentaneamente queste mansioni sono svolte dal dott. Trotter. Abbiamo una situazione quindi del tutto modesta per tener dietro ai lavori del Consiglio stesso.

Si tenga conto poi che il nostro personale deve fare anche i verbali delle sedute delle Commissioni, che sono numerose, per cui parecchie mezze giornate sono dedicate ai lavori delle Commissioni e non al lavoro del Consiglio regionale. Questa è l'organizzazione del Consiglio. Noi non abbiamo nè personale, nè organizzazione, nè strutture per dare un'assistenza adeguata ai Consiglieri. Inoltre vi è la biblioteca, alla quale è addetta un'unica persona, e anch'essa avrebbe bisogno di una migliore organizzazione.

I costi del Consiglio sono inferiori sia a quelli del Parlamento, sia a quelli di qualunque altra assemblea legislativa, perchè per ogni Consigliere non andiamo oltre i 7 milioni e mezzo, quando negli altri Consigli siamo sui

17 milioni pro Consigliere, fra spese di organizzazione e spese di funzionamento. Non parlo del Parlamento, perchè non ho un parallelo, sicuramente è anch'esso superiore alla spesa nostra. Questo è un bene, penso, perchè la limitazione delle spese di organizzazione è sicuramente un bene, ma va sottolineato. Basta che non ci riduciamo a carenze di organizzazioni tali da mancare alla funzionalità dell'organo, e tante volte può avvenire anche questo, come può avvenire al sottoscritto di non trovare neppure una signorina per dettarle una lettera, perchè tutte sono o in Commissione o da una parte o dall'altra. Si arriva a cose del genere. Abbiamo un unico subalterno, che fa da usciere e da autista.

Quindi, se ci sono da fare eventualmente delle critiche, sono per richiedere, caso mai, qualche cosa di più, ma non per formulare verso il Consiglio riserve, che pure sono venute da certi ambienti, non li nomino, ma sono venute al sottoscritto; io devo respingerle in maniera assoluta.

È aperta la discussione. La parola al cons. Benedikter.

BENEDIKTER (S.V.P.): Ich möchte den Präsidenten des Regionalrates bitten, uns noch nähere Angaben über den Personalstand zu machen. Sie haben gesagt, der Regionalrat hätte 12 Angestellte; ich frage mich, ob in dieser Zahl wirklich alle einbezogen sind, auch die sogenannten Vertragsangestellten. Ich habe gehört, daß insgesamt etwa 18 Personen für den Regionalrat arbeiten. In diesem Zusammenhang möchte ich wissen, ob bei dieser Gesamtzahl, seien es nun 12 oder 18 Angestellte, das Verhältnis der Volksgruppen, wie es im Regionalrat besteht, gewahrt ist. Wenn es 18 Angestellte sind, dann müßten davon 6 der deutschen Sprachgruppe angehören. Gleich-

zeitig möchte ich noch fragen, ob auch hinsichtlich der Verteilung des Personals auf die einzelnen Laufbahnen (höherer Dienst, gehobener Dienst usw.) ein gewisses Verhältnis unter den Sprachgruppen eingehalten wurde.

(Vorrei pregare il Presidente del Consiglio regionale a fornirci maggiori dettagli sulla consistenza del personale. Lei ha detto che il Consiglio disporrebbe di dodici impiegati e vorrei sapere, se in questo numero sono effettivamente compresi tutti gli impiegati, anche quelli cosiddetti contrattuali. Ho sentito che sono complessivamente diciotto gli impiegati che svolgono la propria attività per il Consiglio. In relazione con questo vorrei sapere, se in questo numero complessivo di dodici o di diciotto impiegati è rispettata la proporzione etnica così come esiste in seno al Consiglio regionale. Trattandosi di diciotto impiegati, sei dovrebbero quindi appartenere al gruppo linguistico tedesco. Vorrei inoltre sapere ancora, se è stata osservata una certa proporzione etnica anche per quanto riguarda la ripartizione del personale secondo le singole carriere: direttiva, di concetto, ecc.)

PRESIDENTE: Dunque ci son state due assunzioni — come detto — di personale contrattuale, però abbiamo avuto le dimissioni della signorina Dossi. Vi sono 16 persone, perchè io non calcolavo fra il personale del Consiglio la signorina Graf, che è comandata e non direttamente assunta, e le due che sono contrattuali, cioè assunte con contratto a termine da parte dell'Ufficio di Presidenza, ma che non sono entrate nell'organico del Consiglio ancora, cioè le ultime due: Marchesoni e Tomasi. Comunque sono in totale: 15, più la Pisetta, la quale da un anno e mezzo non è presente, è in organico ma è ammalata e manca da oltre un anno. Comunque sono 16. Su 16 ne abbia-

mo 5 del gruppo etnico tedesco. A questo proposito va rilevato che il segretario generale è del gruppo etnico tedesco. Comunque ora si dovrà assumerne una, come abbiám detto, del gruppo etnico tedesco, per portarle a 6. La proporzione che noi facciamo è di due terzi e un terzo, oggi sono 5 su 16. Quindi, c'è una piccola mancanza, ma molto modesta. Noi comunque abbiám sempre detto: se c'è personale del gruppo etnico tedesco anche per l'ufficio traduzioni, che venga segnalato; non abbiám difficoltà ad assumerlo. Questa è la situazione numerica. Non so se aveva chiesto altro. Come sono nei gradi? Abbiám come segretario generale il dott. Heller; con funzioni di vicesegretario il dott. Trotter; abbiám il capo Ufficio resoconti e biblioteca signor Pinamonti. Come capi ufficio non abbiám nessun altro. Poi abbiám gli addetti: Gardumi, Moro, Pisetta, Marchesoni e Tomasi addetti all'Ufficio resoconti e alla Segreteria. La Zagler, Kräutner e Graf fanno parte dell'Ufficio traduzioni a Bolzano, e prestano il lavoro al Vicepresidente, e sono alle dipendenze del prof. Zanetti che ha la direzione dell'ufficio traduzioni. In biblioteca abbiám il signor Zanghellini. La signorina Bortolini svolge le mansioni di economo. Questo è il quadro degli uffici e degli addetti agli uffici. Nessun altro chiede la parola? La parola al cons. Nicolodi.

NICOLODI (P.S.I.): Signor Presidente, lei ha parlato di due impiegate, due persone assunte per contratto a termine. Vorrei sapere per qual motivo vengono assunte con contratto a termine; se i posti ci sono, si fa il bando di concorso. Io non concepisco che un Ente pubblico possa assumere personale con contratto a termine. Mi sembra che copiate questo sistema dallo stabilimento Lancia di Bolzano. Si fanno dei concorsi pubblici e si mette in ruolo

se i posti sono disponibili.

PRESIDENTE: Guardi, non è così semplice come lei crede, perchè noi abbiám messo a concorso sostanzialmente i due posti e si sono presentati 170 concorrenti. Il concorso è stato espletato da una Commissione nominata dall'Ufficio presidenza, composta dai segretari-questori e dai professori dell'Università Popolare, che hanno fatto una graduatoria. Per fare un concorso pubblico, come lei ritiene, oltre alla pubblicazione sulla Gazzetta Ufficiale, oltre alla costituzione ufficiale, c'è tutta una prassi formale, che non è stata seguita, e che comporterebbe senz'altro, per un posto o per due posti, un onere notevolissimo, perchè il concorso va fatto sul piano nazionale. Ora noi abbiám limitato al piano regionale questo concorso. Il concorso pubblico, se si volesse esperire proprio nelle forme previste dalla legge, dovrebbe essere nazionale. Ogni cittadino residente in qualunque comune della nostra Repubblica può concorrere — se ha i requisiti soggettivi — al posto della Regione o del Consiglio regionale. Questi sono i concorsi nazionali, i concorsi pubblici, perchè vanno pubblicati sul nostro Bollettino e sulla Gazzetta Ufficiale. Ora, noi abbiám pensato che fare un concorso per due posti, sarebbe anche creare delle illusioni nei candidati. Il concorso è stato esteso a 170 persone, sono state fatte 5 prove, sono state analizzate, è stato fatto un punteggio obiettivo, noi non abbiám partecipato alla formulazione della graduatoria, ci siamo fidati della formulazione della graduatoria fatta dalla Commissione. L'Ufficio di presidenza ha preso atto della graduatoria e ha nominato le prime due, senza chiedere altre informazioni di natura politica o di natura morale. Non possiamo mettere in ruolo personale senza un pubblico concorso, perchè provocheremmo

da parte del Consiglio una norma di regolamento attraverso la quale possiamo mettere in ruolo per chiamata; ma oggi, avendo il regolamento del Consiglio richiamato in vigore le norme che regolano i dipendenti della Regione e dello Stato, noi non possiamo mettere in ruolo nessuno, se non attraverso la formula del pubblico concorso. Perchè, anche lo Stato per l'assunzione del personale contrattuale, ha abrogato un'ultima disposizione, per cui oggi, in presenza del diritto positivo, non si può mettere in ruolo nessuno se non per pubblico concorso. A meno che queste due signorine non facciano una buona prova e noi non vogliamo venire in Consiglio — come sarà probabile — a proporre una norma eccezionale per loro, se il Consiglio vorrà farla, ma resta libero. Ma noi non possiamo mettere in ruolo; abbiamo messo in ruolo uno perchè aveva i requisiti di invalido, e gli invalidi di gruppo C possono essere messi in ruolo per chiamata, in base a una legge speciale di protezione degli invalidi di guerra e civili. Non so se ho risposto alla domanda. Prego, cons. Nicolodi.

NICOLODI (P.S.I.): Io volevo dire appunto che bisognerebbe, come ha detto lei adesso con le sue ultime parole, portare in Consiglio una modifica, in modo che questo personale, selezionato su 170 concorrenti, dopo i tre mesi o i sei mesi di prova, venga inserito nel ruolo. Ma non si può tenere continuamente del personale contrattuale di tre mesi in tre mesi.

PRESIDENTE: Non abbiamo personale contrattuale, salvo queste due. Il ruolo transitorio bisogna istituirlo, non sono operaie queste. In ogni modo noi non abbiamo personale che procastiniamo attraverso l'istituto del contratto, anche se hanno la figura definitiva.

Quando queste avranno finito il periodo di prova, verremo in Consiglio e vi proporremo, se il Consiglio vorrà, l'inquadramento in ruolo oppure l'apertura del concorso. Altri che chiedono la parola? La parola al cons. Nardin.

NARDIN (P.C.I.): Signor Presidente, io ho sentito le percentuali di altre assemblee pro consigliere, a parte che questa percentuale pro consigliere si potrebbe anche discutere, ma io ho sentito anche le critiche che sarebbero state mosse contro l'eccessivo satrapismo del Consiglio regionale, dei suoi consiglieri o altro. Sarei lieto che lei dicesse con chiarezza, dato che ha incominciato col dire queste cose, chi è che fa di queste critiche, perchè siamo pronti a fare i conti in tasca a chiunque nella nostra Regione, sicuri che il prestigio del Consiglio regionale non è stato certamente lesa da investimenti assurdi, da spese pazze, voluttuarie, tali da mettere in forse, in bilico, il prestigio del nostro Consiglio. Sarei lieto di sentirlo, per andare a vedere chi è il « Catone censore », — che può darsi diventi « cafone il censore », — che ha espresso queste critiche con tanta forza, tanto da lasciare quasi impressionato il nostro Presidente. Quindi, io sarei per chiedere all'Ufficio di presidenza di verificare invece la nostra organizzazione, le possibilità che vengono date a tutti i Consiglieri di espletare il loro mandato. Io non sono quello che dice: « non facciamo come in Sicilia, perchè altrimenti », perchè in questa maniera offenderei, come più volte è stato fatto anche qui, un'Assemblea come quella siciliana, verso la quale possono andare sì delle critiche di carattere politico in determinati momenti, ma deve andare il rispetto che si richiede alla nostra Assemblea. Ora io dico, signor Presidente, che sulla base di quanto viene fatto dalle altre Assemblee, come tipo di organizzazione, come

prassi, si cerchi anche di riorganizzare nel corso di quest'anno, tutta la nostra organizzazione, nel senso che sia assicurato un efficiente servizio amministrativo - burocratico al Consiglio; in secondo luogo i consiglieri vengano meglio messi in grado di poter adempiere al loro mandato. Senza star qui adesso a specificare, di questo abbiamo parlato anche in sedute riservate e mi ricordo l'attuale Assessore Salvadori parlare di queste cose, non tanto dal punto di vista della forma, quanto della sostanza, ed anche altri colleghi, per cui non starò qui a specificare. Ma inviterei sin da questo momento il signor Presidente, a rendersi promotore, nel corso di questi mesi, di contatti nell'interno dell'Assemblea, quindi anche di un certo studio, per vedere di migliorare tutta l'efficienza della nostra Assemblea. Cosa volete, quando vengo a Trento e voglio andare a lavorare due ore, in una pausa tra una seduta e l'altra, non so dove andare. Mi si dice che c'è un appartamento: sono andato, ho trovato il signor Pinamonti e la signorina impiegata molto servizievole, dico la verità, — da questo punto di vista dobbiamo fare una lode al personale dipendente dall'Ufficio di presidenza, per come si presta. — Ma in una stanza c'è il traduttore, quindi non si può occupare, e c'è l'anticamera a disposizione dei Consiglieri. Se vanno lì, per caso, il prof. Molignoni a parlare con due persone e Nardin a parlare con altre, uno sta nel corridoio e l'altro dentro. Si era chiesto che quell'appartamento fosse messo a disposizione dei Consiglieri per quelle ore nelle quali avessero dovuto impiegare un po' del loro tempo, ma ormai è occupato dalla burocrazia, traduttori e impiegati, che hanno necessità, non dico di no, però i consiglieri, se viene occupata ancora l'anticamera, devono trovarsi nel corridoio oppure, meglio, stare in strada o andare al bar della stazione. Si può continuare così?

Penso che anche in attesa del palazzo della Regione, che mai arriva, si debba provvedere diversamente. Insomma, i consiglieri, durante la loro permanenza a Trento, quando vengono per le loro consultazioni, per i loro studi, per i loro contatti, devono essere meglio messi in grado di poter adempiere ai loro compiti. Ho voluto toccare soltanto un problemino, ecco dove tutto scricchiola, e dico queste cose perchè quei censori rivelino le loro posizioni e i loro falsi, forse, moralismi. Io credo che il Consiglio, sinora, si sia mantenuto su un piede di amministrazione dignitosa sì, ma di una dignità un po' stentata, signor Presidente del Consiglio, e un passo avanti anche a questo riguardo, senza con questo fare i satrapi, credo lo si possa e lo si debba fare.

PRESIDENTE: La parola al cons. Raffaelli.

RAFFAELLI (P.S.I.): Dobbiamo rivedere certamente il valore di certi detti. « Repetita iuvant », noi pensavamo che fosse uno di quei saggi detti, appunto, che contengono un concentrato di verità, invece non è vero niente. Perchè quello cui ha accennato Nardin adesso, a proposito appunto della disponibilità di un certo spazio funzionale per i consiglieri, non è purtroppo una novità. Io ricordo che quando venni in questo Consiglio, nella prima legislatura, qui la sala era molto più disadorna, non era illustrata come è adesso, avevamo una specie di compartecipazione con la cucina della Pontificia opera di assistenza, che profumava tutta un'ala del palazzo. Ma per lo meno, odore di cavoli permettendo, c'era quel buco al di là del bar, dove io ho passato giornate, giornate, giornate, tranquillissimo, qualche volta insieme con altri colleghi coi quali si lavorava in tandem, a studiare, a fare qualcosa, non eccessi-

vamente distanti dalla biblioteca, della quale, per il nostro lavoro, il più delle volte ci si deve servire. Perchè, a meno che non andiamo a leggere dei romanzi — cosa che possiamo fare tranquillamente anche a casa nostra — veniamo qui appunto per avere a disposizione quegli strumenti di lavoro che sono le raccolte delle leggi, che sono altri testi che solo la biblioteca può avere, e che personalmente nessuno di noi si può permettere il lusso di avere, almeno in modo così completo. Anche l'appartamento di via Dogana, per quanto molto decoroso e appunto abitato da cortesissimi funzionari del Consiglio, non serve per questa ragione, a parte che possa essere occupato. Io non ci vado mai appunto perchè, se devo consultare una Gazzetta Ufficiale, devo fare un quarto d'ora di strada per venirmela a prendere, allora tanto vale che vada in biblioteca. In biblioteca, lo sappiamo tutti, non si può lavorare, perchè una biblioteca fatta di un solo locale che contenga i libri, il bibliotecario e anche gli ospiti della biblioteca stessa, è ovvio che non risponde ad un minimo di funzionalità. Ora, io ricordo che il cons. Kessler, quando era Assessore alle finanze della Provincia, se non vado errato, aveva promesso un certo allargamento delle possibilità, qui in zona. Adesso c'è il palazzo, che non diventi anch'esso come il Piano Verde! Ripeto, la Provincia adesso si sta rendendo molto più autonoma di quanto non lo fosse prima in fatto di disponibilità di locali, perchè, lo sappiamo, ha una quantità di uffici in giro e quindi non dispone di molto. Però, con l'entrata in funzione di quel palazzo nuovo, almeno due o tre locali per i consiglieri, qui nelle vicinanze dei locali del Consiglio e della biblioteca, dovrebbero esserci. Non sono una soluzione, ma sono un avvio alla soluzione. Dato che siamo in tema di bilancio del Consiglio e che ho la parola, voglio chiedere al signor Pre-

sidente cosa pensa relativamente alla proposta che era stata fatta dal collega Paris, di stanziare un determinato fondo a disposizione per eventuali consultazioni, consulenze, studi, che dovessero essere resi necessari per iniziative legislative consiliari. Per i colleghi che non la conoscessero questa proposta, è presto specificata. Quando la Giunta, cioè l'Amministrazione, ha bisogno di approfondire un determinato problema per portarlo poi sul terreno pratico di una iniziativa o amministrativa o di legge, e deve servirsi di consulenti preparati e specializzati in materia, ha a disposizione un fondo e lo può fare. Quando i consiglieri, viceversa, devono fare una cosa di questo genere, devono arrangiarsi, e devono improvvisarsi professori di diritto qualche volta, il che non è un'improvvisazione felice nè utile, perchè in tutte le materie è giusto lasciare la parola a chi ha la competenza effettiva e non improvvisata. Nè il consigliere singolo, e a volte neanche il gruppo, può disporre dei mezzi finanziari necessari per ottenere una consulenza di questa natura. Ora, il fondo proposto dovrebbe essere, penso, secondo le stesse indicazioni del proponente, messo a disposizione dal Presidente del Consiglio, il quale, — almeno a mio avviso — dovrebbe avere un certo sindacato sull'utilizzo, intendiamoci, perchè non venga fuori — dico una ipotesi del tutto sballata, per assurdo — che un consigliere propone una consulenza, per delle cose campate in aria, per delle cose che possono interessare esclusivamente lui. Ma dimostrato che la consulenza, lo studio, la consultazione, servono per una iniziativa che può diventare domani iniziativa in Consiglio, il Presidente dovrebbe poter disporre. Questo ho detto per i colleghi che non conoscessero la proposta e il senso della proposta stessa. Mi dice adesso il collega Nicolodi che il Consiglio provinciale di Bolzano una cosa

del genere l'ha già fatta, non so in che misura, ma non ha importanza, la misura sarà proporzionata alle necessità. Due milioni, il Consiglio provinciale di Bolzano. Quindi, sarei grato, signor Presidente, se desse notizia della sorte toccata a questa proposta.

PRESIDENTE: Sul cap. 12 portiamo un aumento da 3 milioni a 6 milioni. Per quanto riguarda compensi ad estranei per studi, servizi e prestazioni speciali resi nell'interesse del Consiglio, consulenze ecc., c'è una proposta dell'Ufficio di presidenza di aumento di 3 milioni. E poi, se ci sarà bisogno, aumenteremo ancora qualcosa. Comunque, per quanto riguarda i locali, non c'è stato niente da fare. C'è stato lo spostamento della biblioteca della Provincia, che ci ha dato modo di avere un paio di locali. Le richieste di locali sono state fatte dal sottoscritto, ma evidentemente le amministrazioni regionali e provinciali non sono nelle condizioni di venirci incontro, obiettivamente. Questo però ci costringe a una mancata funzionalità, questo devo dirlo chiaro e tondo, perciò io a un certo momento avevo pensato di andarmene via completamente di qui e prendere 12 stanze fuori, in maniera da organizzarci perchè non c'è dubbio che tutti hanno le loro esigenze, ma quello che ne soffre maggiormente è il Consiglio regionale, come organizzazione, che da quando è nato è in questa situazione e nessuno vi può metter riparo. Non posso mica contestare alle amministrazioni la loro situazione, perchè obiettiva. Dicevo che qualche ufficio può più opportunamente spostarsi fuori, per dare possibilità al Consiglio regionale e ai suoi organi di funzionare meglio. Anch'io non sono messo tanto bene sopra, perchè non ho neanche la possibilità di avere un salotto per le persone che ricevo, le quali devono essere messe sul corridoio. Per le persone di riguardo che ven-

gono a farmi visita, io non ho neppure una sala per farle accomodare. Purtroppo però siamo così, io non so che cosa farci, perchè non ho il potere di creare delle stanze. Nella nuova sede abbiamo le sale per le Commissioni, per l'Ufficio di presidenza e gli uffici. Quella è una soluzione veramente organica, questa non è organica, è un ripiego al quale purtroppo ci dobbiamo adattare.

La parola al cons. Kessler.

KESSLER (Presidente G.P. Trento - D.C.): Di questa situazione che riguarda i locali, come giustamente è stato detto, è stato abbondantemente discusso tra la Presidenza del Consiglio e la Giunta provinciale di Trento. Desidererei solo, signor Presidente, che desse atto degli sforzi obiettivamente fatti, forse, o certamente, con risultati insufficienti, ma comunque degli sforzi che l'amministrazione provinciale ha fatto, per cercare di dare tutto quello che era possibile al Consiglio regionale. Lei dice che si trova a disagio, e io lo riconosco, però mi permetto di dire che a disagio ci troviamo anche noi, al punto che oggi, come amministrazione provinciale, non possiamo assumere determinato personale necessario, perchè non sappiamo dove metterlo. Per quanto riguarda gli uffici, la Giunta provinciale ha qui la segreteria generale, e credo che non sia concepibile che la possiamo mettere in qualche strada della città, abbiamo qui la ragioneria, e anche quella penso che sia un po' difficile portarla via dall'amministrazione, e c'è qui l'Assessorato ai lavori pubblici. Il resto la Provincia l'ha portato tutto fuori, assumendo, proprio all'inizio di questa legislatura, un nuovo appartamento in affitto, per mandar via un nuovo Assessorato. È una situazione contingente di disagio vicendevole, perchè neppure la Presidenza della Giunta regionale ha una sala d'aspetto per i

suoi ospiti, come non ce l'ha lei, come non ce l'ha la Presidenza della Giunta provinciale. Molto più piccoli noi, d'accordo, ma comunque non l'abbiamo neanche noi. Qui la Giunta provinciale, come è stato riferito, — io ho riferito direttamente a lei, — ha impostato il problema già due anni fa con la costruzione della nuova ala, e abbiamo cercato di accelerare i lavori al massimo. Non è il Piano Verde il nostro, per la verità, perchè in due anni è quasi finito quel palazzo, comunque quell'ala. In quel momento, pur non potendo far rientrare tutti i nostri uffici come era nostro desiderio, noi cercheremo di dare alla Presidenza del Consiglio regionale una sistemazione adeguata. Io penso, senza potermi impegnare perchè sono i tecnici che dovrebbero impegnarsi, che questo spostamento avvenga durante l'estate. In settembre, mi dice Pedrini, in ogni caso entro l'anno penso che debba essere possibile arrivare a questo. Di più, in questo momento, penso sia inutile discutere, perchè o la Presidenza del Consiglio regionale decide di andar fuori, ed io ho detto che questo non mi pare nè bello, nè simpatico; mi pare che viceversa occorra avere ancora un po' di pazienza, ed entro l'anno io penso che una sistemazione sufficientemente adeguata per la Presidenza del Consiglio regionale, la Giunta provinciale di Trento sia in grado di fornirla. In questo momento è obiettivamente vero che non possiamo fare di più, e questo lo si è visto perchè abbiamo cercato di comprimere anche la Presidenza della Giunta regionale, facendo sgomberare qualche locale, questa è la situazione. Quindi io sono dell'opinione che, se il Consiglio ha un po' di pazienza, entro l'anno noi potremo accontentarlo.

PRESIDENTE: Speriamo, ci auguriamo che venga. Comunque, obiettivamente, nessu-

na situazione è così in difficoltà come la nostra, chi chiede la parola sulla discussione generale? Prego cons. Nardin.

NARDIN (P.C.I.): Signor Presidente, io ho sentito con piacere quanto ha detto il Presidente Kessler, però se non si ha la esatta certezza che in autunno l'Ufficio di presidenza e tutto l'apparato del Consiglio regionale, per difficoltà obiettive, avrà la sistemazione che noi chiediamo adeguata, io spero che l'Ufficio di presidenza esamini prontamente come sistemarsi fuori. Non deve essere giudicato antipatico, nè lesivo della dignità di questo o dell'altro Organo. I palazzi non sono di gomma, non si possono restringere...

KESSLER (Presidente G. P. Trento - D.C.): È affare del Consiglio.

NARDIN (P.C.I.): Ma no, non credo. Abbiamo tutti lo stomaco abbastanza di ferro per queste e per altre cose, lo abbiamo dimostrato. Quindi, si può trovare una sistemazione fuori e cerchiamola, in attesa del palazzo, per cui non si ripeta, signor Presidente, il prossimo anno, questa eterna discussione sui locali insufficienti. Quest'anno si deve decidere, seppure in via transitoria, fino a quando sarà pronto il nuovo palazzo. Se ci sarà questa sistemazione, bene, altrimenti cerchiamola fuori. E questo andrà a vantaggio della funzionalità del Consiglio e della Giunta provinciale, che, lo riconosco, ospitando una cosa e l'altra, si trova in una certa difficoltà.

PRESIDENTE: Va bene. Ad ogni modo, si era pensato di andar fuori ma ci siamo trattiene perchè, evidentemente, la sede dell'Assemblea non può essere portata fuori; poi ci sono le sale per le Commissioni qui, e fuori difficilmente possiamo trovare sale adeguate. Caso mai possono andar fuori gli uffici, ma allo-

ra troveranno gli uffici distanti, le sale delle Commissioni qui, e magari la Presidenza da un'altra parte. Quindi una complicazione e un'organizzazione difficile. Bisognerebbe trovare un appartamento qui vicino, dove ci siamo già collocati con alcuni uffici, comunque vedremo, cercheremo entro l'anno di trovare una soluzione diversa. Noi non chiediamo altro che di avere un paio di sale per le Commissioni, perchè ne abbiamo una sola. Adesso chiudiamo la discussione. Nessun altro chiede la parola? Allora dichiaro chiusa la discussione generale e metto in votazione il passaggio agli articoli. Chi è d'accordo è pregato di alzar la mano: unanimità.

ENTRATA ORDINARIA

Cap. 1 - È posto ai voti: unanimità.

Cap. 2 - È posto ai voti: unanimità.

Cap. 3 - È posto ai voti: unanimità.

ENTRATA STRAORDINARIA

Cap. 4 - Per memoria.

Cap. 5 - È posto ai voti: unanimità.

SPESA ORDINARIA

Cap. 1 - È posto ai voti: unanimità.

Cap. 2 - È posto ai voti: unanimità.

Cap. 3 - È posto ai voti: unanimità.

Cap. 4 - È posto ai voti: unanimità.

Cap. 5 - È posto ai voti: unanimità.

Cap. 6 - È posto ai voti: unanimità.

Cap. 7 - È posto ai voti: unanimità.

Cap. 8 - È posto ai voti: unanimità.

Cap. 9 - È posto ai voti: unanimità.

Cap. 10 - È posto ai voti: unanimità.

Al cap. 9 occorre apportare questa modifica nella dizione: « Oneri derivanti dagli artt. 7 e 8 dalla legge regionale 7 settembre 1958 n. 23, per il rimborso alla Giunta regionale delle spese per biglietti e riduzioni ferrovie dello Stato, Cassa di previdenza I.N.A.D.E.L. del personale del Consiglio ».

Metto in votazione questa aggiunta al cap. 9, chi è d'accordo è pregato di alzar la mano: unanimità.

Cap. 11 - È posto ai voti: unanimità.

Cap. 12 - « Compensi, indennità e rimborso spese ad estranei per studi, servizi e prestazioni speciali resi nell'interesse del Consiglio regionale; compensi al personale del Consiglio regionale per prestazioni particolari »,

Si toglie: « compensi al personale del Consiglio regionale per prestazioni particolari », questa dizione ultima viene tolta. È posto ai voti: unanimità.

Cap. 13 - È posto ai voti: unanimità.

Cap. 14 - È posto ai voti: unanimità.

Cap. 15 - È posto ai voti: unanimità.

Cap. 16 - È posto ai voti: unanimità.

Cap. 17 - È posto ai voti: unanimità.

Cap. 18 - È posto ai voti: unanimità.

SPESA STRAORDINARIA

Cap. 19 - È posto ai voti: unanimità.

Cap. 20 - Per memoria.

MOVIMENTO DEI CAPITALI

Cap. 21 - Per memoria.

Cap. 22 - È posto ai voti: unanimità.

Metto in votazione la deliberazione del Consiglio regionale che è a pagina 4:

IL CONSIGLIO REGIONALE

nella seduta del

Visto il progetto di bilancio per l'esercizio finanziario 1961 del Consiglio regionale, predisposto dal Presidente del Consiglio regionale medesimo;

Vista la deliberazione dell'Ufficio di Presidenza del 5 gennaio 1961, che approva detto progetto di bilancio;

Visti gli articoli n. 5 e n. 5 bis del Regolamento interno del Consiglio regionale;

Visto il Regolamento interno di amministrazione e di contabilità del Consiglio regionale; a di voti legalmente espressi
delibera

ART. 1. - Sono autorizzati l'accertamento, la riscossione ed il versamento nella Cassa del Consiglio regionale delle somme e dei proventi devoluti per l'esercizio finanziario dal 1° gennaio al 31 dicembre 1961, giusta l'annesso stato di previsione dell'Entrata.

ART. 2. - È autorizzato il pagamento delle spese ordinarie e straordinarie per l'esercizio finanziario 1961 in conformità dell'annesso stato di previsione della Spesa.

ART. 3. - Con decreti del Presidente del Consiglio regionale, sentito l'Ufficio di presidenza, possono iscriversi nei capitoli della parte passiva del bilancio, in corrispondenza con gli accertamenti dell'Entrata, le somme occorrenti per la restituzione di somme avute in deposito, di cui all'annesso elenco n. 1.

ART. 4. - È approvato l'unito riepilogo da cui risulta l'insieme dell'Entrata e della Spesa previste per l'esercizio finanziario dal 1° gennaio al 31 dicembre 1961.

RIEPILOGO

Entrate e spese effettive

Entrata	L. 239.600.000
Spesa	L. 239.600.000
	L. —

Movimento di capitali

Entrata	L. 1.000.000
Spesa	L. 1.000.000
	L. —

Riassunto generale

Entrata	L. 240.600.000
Spesa	L. 240.600.000
	L. —

Metto in votazione la presente delibera preletta, chi è d'accordo è pregato di alzar la mano: unanimità.

Allora il bilancio del Consiglio è approvato e metto in votazione il cap. 1 del bilancio della Regione.

SPESA ORDINARIA

FINANZE E PATRIMONIO

Cap. 1 - Spese per il Consiglio regionale
L. 237.000.000.

Pongo ai voti il cap. 1: unanimità.

La seduta è sospesa.

(Ore 11,25).

Ore 11,40.

PRESIDENTE: Si riprende con le dichiarazioni dell'Assessore competente, la parola quindi all'Assessore supplente dr. Fronza.

FRONZA (Assessore suppl. finanze e patrimonio - D.C.): All'inizio della mia relazione desidero prima di tutto richiamarmi ai principi o meglio alle direttive di azione che il Presidente della Giunta regionale ha annunciato, per l'Assessorato che mi è stato affidato, nella Sua relazione generale.

Le tre direttive d'azione annunciate sono le seguenti:

- 1) Azione per l'incremento delle entrate;
- 2) Oculata politica della spesa con criteri razionali sulla base di precisi piani organici;
- 3) Amministrazione del patrimonio come strumento per la gestione dei servizi di interesse generale.

Richiamati questi principi, rimando inoltre ai Consiglieri anche a quanto è stato scritto nella relazione accompagnatoria del bilancio che è stata presentata dall'allora Assessore alle finanze, ancora nell'ottobre scorso. E quindi cercherò di sviluppare un argomento di cui qui non si è ancora parlato. Parlerò dell'art. 68 e dell'art. 70, anche in riferimento allo stanziamento del cap. 19 del bilancio.

In merito allo stanziamento di lire 50 milioni iscritto al cap. 19 della spesa, concernente l'assegnazione alle Province a sensi dell'art. 70 dello Statuto, la Commissione legislativa delle finanze ha approvato un ordine del giorno col quale si impegna la Giunta regionale a rivedere ed adeguare lo stanziamento del capitolo predetto, secondo le effettive necessità dei bilanci delle due Province, affinché le stesse possano corrispondere ai loro obblighi.

Il tema dell'art. 70 dello Statuto è strettamente connesso con quello relativo alla modifica dell'art. 68 dello Statuto stesso e pertanto prima di entrare nel merito dell'ordine del giorno approvato dalla Commissione legislativa delle finanze, pare opportuno soffermarsi sul secondo argomento.

Come è noto, l'iniziativa della modifica dell'art. 68 dello Statuto è partita dalla Regione ed il primo atto risale al 1957. Il 17 maggio di quell'anno infatti il Consiglio regionale approvò la proposta di legge n. 15, presentata dalla Giunta, dal titolo « Modifica dell'art. 68 dello Statuto speciale del Trentino - Alto Adige ».

La Presidenza del Consiglio dei Ministri con lettera 24 febbraio 1958 suggerì di apportare alcune modifiche chiedendo conseguentemente una nuova deliberazione del Consiglio regionale.

Gli uffici regionali studiarono una nuova formulazione che tenesse conto delle modifiche suggerite dal Governo, dopo di che la proposta di legge tornò all'esame del Consiglio regionale che l'approvò il 13 dicembre 1958.

Con foglio del 2 febbraio 1959 il Commissario del Governo nella Regione fece presente a nome della Presidenza del Consiglio dei Ministri la necessità di integrare lo schema proposto con una disposizione che fissasse

la decorrenza del provvedimento al 1° luglio 1959.

Accogliendo il suggerimento governativo il Consiglio regionale nella seduta del 24 giugno 1959 votò per la terza volta l'indicata proposta di legge, approvandola nel testo che è stato poi presentato dal Governo al Senato.

Il provvedimento è stato assegnato alla 5ª Commissione permanente del Senato, che lo ha approvato in sede referente nella seduta del 13 luglio 1960. Il disegno di legge non ha fatto da allora ulteriori passi in avanti, essendo sorte — a quanto risulta — difficoltà in merito alla copertura della spesa, preventivata dal Ministero del Tesoro per l'esercizio finanziario 1959 - 1960 in lire 600 milioni e risultata nella realtà di poco inferiore a lire 900 milioni. Poichè sullo speciale fondo iscritto nel bilancio del Ministero del Tesoro, e destinato a fronteggiare gli oneri relativi all'attuazione dell'ordinamento regionale, non esiste altra disponibilità all'infuori di quella dei 600 milioni debitamente accantonati, il Ministero del Tesoro sta studiando il modo di reperire la somma occorrente a copertura dell'eccedenza di spesa verificatasi nell'esercizio 1959 - 1960 e consentire quindi al Parlamento di approvare e rendere operante il provvedimento, la cui decorrenza comunque resta fissata al 1° luglio 1959.

Ciò premesso, va precisato il pensiero della Giunta in merito all'ordine del giorno approvato dalla Commissione legislativa.

Si è già detto incidentalmente che l'onere derivante dalla modifica dell'art. 68 dello Statuto grava sul fondo speciale per l'attuazione dell'ordinamento regionale, al quale fanno carico anche le spese relative alla devoluzione alla Regione dei tributi di cui agli articoli 59, 60, 61 e 62 dello Statuto.

Ora è facile intendere a tale riguardo che

in mancanza di un adeguato aumento del fondo speciale predetto da parte del Parlamento, in sede di approvazione del bilancio del Ministero del Tesoro, il maggior onere derivante dall'attuazione della modifica dell'art. 68 dello Statuto comporta inevitabilmente una limitazione delle possibilità di accoglimento delle richieste della Regione nelle trattative che annualmente vengono condotte per la conclusione dell'accordo previsto dall'art. 60 dello Statuto. Ciò si è purtroppo verificato negli ultimi due esercizi, più marcatamente nel 1960. Per tali motivi deve considerarsi pienamente giustificato il ridimensionamento dell'assegnazione a favore delle Province in conto art. 70 dello Statuto, operato dal Consiglio regionale a partire dall'esercizio 1959.

Resta comunque assodato che per effetto della cennata modifica dell'art. 68 dello Statuto, le Province hanno tratto o trarranno notevole beneficio. Dai dati ufficiosi in possesso dell'Assessorato alle finanze, risulta ad esempio che per l'esercizio finanziario 1959 - 1960, a fronte della minore entrata di 145 milioni di lire circa conseguente alla riduzione dell'assegnazione di cui all'art. 70 dello Statuto, le Province di Trento e di Bolzano beneficeranno in dipendenza della modifica dell'art. 68 dello Statuto di una maggiore entrata di 313 milioni di lire circa, rispettivamente di 553 milioni di lire circa. Così stando le cose, le richieste di aumento dell'assegnazione in conto art. 70 dello Statuto, presentate dalle due Province, in modo particolare da quella di Bolzano con la nota lettera di data 22-12-1960 dell'allora Presidente della Giunta provinciale ing. Pupp, portata a conoscenza di tutti i signori Consiglieri regionali, se ammissibili in linea teorica non sono in pratica suscettibili di accoglimento.

Per assecondare tali richieste, la Regione dovrebbe per necessità o comprimere stanzia-

menti destinati a settori di essenziale importanza per l'economia regionale o fare ulteriore ricorso all'accensione di mutui passivi.

A parte il fatto che prima di procedere all'eventuale aumento dell'assegnazione prevista dall'art. 70 dello Statuto, il Consiglio regionale dovrebbe scendere ad un esame analitico delle varie poste dei bilanci delle Province per valutarne le effettive esigenze, esame che fin qui non è stato mai condotto, la Giunta regionale è d'avviso che nessuna delle due ipotesi sopra prospettate possa essere presa in considerazione.

In particolare per quanto concerne l'accensione di mutui passivi è da osservare che il ricorso a tale straordinaria fonte di reperimento di mezzi, sarebbe giustificabile solo per fronteggiare spese di carattere eccezionale e non spese ricorrenti. In secondo luogo la situazione debitoria della Regione, oscillante attorno ai 7 miliardi di lire e quindi non molto lontana dal limite massimo consentito dall'art. 66 dello Statuto, impone la massima cautela nel procedere ad ulteriori indebitamenti. A tale riguardo non sarà inopportuno rilevare come a fronte del complessivo onere di lire 873 milioni annui per ammortamento capitale e servizio interessi sui mutui passivi contratti dalla Regione, il bilancio della Provincia di Bolzano sia gravato per analogo titolo di un onere di appena 237 milioni di lire e quello della Provincia di Trento di un onere di 242 milioni di lire.

Concludendo la Giunta regionale non ravvisa la necessità se non in misura minima di procedere ad un aumento dello stanziamento del cap. n. 19 concernente l'assegnazione alle Province in conto articolo 70 dello Statuto. Del resto la Provincia di Trento ha presentato il bilancio per il 1961 in pareggio, mantenendo immutata nell'entrata la quota di lire 25

milioni ottenuta nel 1960 per il titolo in questione.

La Provincia di Bolzano, a sua volta, con apprezzabile senso di moderazione, ha di molto ridimensionato le iniziali richieste, iscrivendo nel bilancio 1961 quale assegnazione in conto articolo 70 la somma di lire 77 milioni. La Giunta regionale si trova tuttavia, suo malgrado, nella materiale impossibilità di reperire notevoli fondi occorrenti a copertura della maggiore spesa. Ritiene altresì che per il conseguimento del pareggio del bilancio della Provincia di Bolzano possa essere ragionevolmente aumentata la previsione di entrata di lire 242 milioni iscritta all'art. 30 bis del bilancio stesso, riguardante l'entrata straordinaria relativa agli esercizi 1959 e 1960 in dipendenza della modifica dell'art. 68 dello Statuto.

Concludendo su questo argomento, dico che, quando arriveremo al cap. 19, faremo una proposta concreta. A me pare opportuno fare il punto, per quanto riguarda questo progetto di legge di modifica dell'art. 68 e dare notizie sulla situazione attuale. Un altro argomento, un altro problema affidato al mio Assessorato è quello che riguarda il patrimonio. Oltre a tener conto di uno dei principi generali che deve seguire l'amministrazione del patrimonio della Giunta, ritengo opportuno aggiungere qualche altra cosa.

Per quanto riguarda lo stanziamento del cap. n. 95 destinato a miglioramenti patrimoniali, di fronte alle numerosissime esigenze prospettate dai vari Assessorati, che superano di gran lunga l'importo di lire 60 milioni a disposizione per il 1961, l'Assessorato delle finanze si propone di stabilire un ordine di priorità delle opere da eseguire, sottoponendo all'approvazione della Giunta quelle aventi carattere di indifferibilità ed urgenza.

Al riguardo si ritiene di poter anticipare

al Consiglio regionale che lo stanziamento di lire 60 milioni dell'esercizio in corso sarà utilizzato per l'esecuzione delle seguenti opere:

— Costruzione dell'edificio da adibire a sede degli Uffici regionali in Silandro. Nel 1960 venne acquistato a tale scopo il terreno necessario. È prevista la spesa di

L. 30.000.000

— Lavori di manutenzione straordinaria dell'edificio di proprietà regionale sito in Bressanone, via Roma (ex Magazzino viveri). Detto immobile, al pari di altri precedentemente amministrati dagli Uffici finanziari dello Stato, venne consegnato alla Regione in condizioni assai precarie e necessita di urgenti lavori di manutenzione, senza di che diverrebbe in breve tempo inabitabile. Trattasi di un caseggiato a pian terreno, lungo metri 60, che ospita due famiglie e tre ampie officine meccaniche. È prevista la spesa di

L. 4.200.000

— Lavori di straordinaria manutenzione dell'edificio di proprietà regionale sito in Merano, via Verdi 50 e adibito a « Casa di protezione della giovane ». È prevista la spesa di

L. 4.300.000

— Lavori di straordinaria manutenzione dell'edificio sito in Malè, adibito a Casa forestale (Uffici e due alloggi per il personale). Spesa prevista

L. 1.050.000

— Istituzione di un cantiere di lavoro a Levico per la sistemazione del viale di circosollazione del Parco del costruendo Palazzo delle terme, messa a dimora di piante, ecc. Spesa prevista

L. 2.650.000

— Lavori diversi nel compendio termale di Vetriolo: opere di raccolta e canalizzazione di acque di varia origine, rinforzi delle strutture di legno, pavimentazioni piani viabili principali per evitare lo slittamento verso valle delle attrezzature termali

	L. 16.000.000
— Spese impreviste	L. 1.800.000
<i>In totale</i>	L. 60.000.000

Il programma approntato dall'Assessorato prevede ovviamente numerose altre indispensabili opere la cui esecuzione peraltro occorre rimandare agli esercizi futuri, in mancanza dei necessari mezzi di bilancio. Tra le opere di maggior rilievo di cui si prevede l'attuazione nel prossimo triennio sono da annoverare:

- La costruzione di un edificio in Primiero da adibire a sede degli Uffici Tavolare, Agrario, Forestale e di Amministrazione del Demanio Forestale. Spesa lire 40 milioni.
- La costruzione di un edificio in Cavalese per ospitarvi tutti gli Uffici regionali. Spesa, ivi compresa quella per l'acquisto del terreno, lire 48 milioni.
- L'acquisto di un intero piano in un edificio in condominio a Chiusa, per adibirlo a sede degli Uffici Tavolare e Forestale. Spesa lire 6 milioni.
- Lavori di sistemazione all'ex casa del fascio di Bronzolo ed alla Caserma V.F. di Romeno. Spesa lire 6 milioni circa.
- Occorre infine prudenzialmente prevenire una spesa non inferiore a lire 20 milioni per lavori di straordinaria manutenzione degli immobili trasferiti in proprietà della Regione ai sensi dell'art. 58 dello Statuto.

Abbiamo inoltre un patrimonio regionale, cui ho già accennato, che è quello dell'azienda termale di Levico - Vetriolo. Molte notizie sono già esposte a pagina 29 e 30 della relazione accompagnatoria del bilancio dell'ottobre scorso, e quindi rimando senz'altro a quella relazione. Però mi riservo una più ampia relazione quando, nella prossima sessione del Consiglio, verrà in discussione il disegno di legge

per la proroga dell'Azienda Speciale, istituita con legge 29 luglio 1958, n. 8. In quell'occasione la Commissione competente, ed eventualmente altri Consiglieri, sarà invitata a visitare gli stabilimenti di Levico - Vetriolo, nonché il nuovo stabilimento per imbottigliamento. Si potranno così dare più ampie e più dettagliate notizie circa l'andamento dell'Azienda con i probabili futuri sviluppi.

Per quanto riguarda la costruzione dell'Albergo « Regina », riferirò certamente l'Assessore ai lavori pubblici.

Uno dei compiti affidati anche al mio Assessorato è quello di spese straordinarie e in particolare la spesa straordinaria approvata con legge, l'anno scorso, per la partecipazione della nostra Regione alla mostra « Italia 61 » di Torino. Prendo l'occasione per riferirne un po' al Consiglio.

La Regione Trentino - Alto Adige con legge 5 novembre 1960, n. 18, ha provveduto alla partecipazione ufficiale.

Il finanziamento della spesa relativa è stato previsto nell'importo di 45.000.000, ripartito in due quote: una di 15.000.000 e l'altra di 30.000.000, gravanti rispettivamente sull'esercizio finanziario 1960 e 1961.

Il padiglione della Regione è in corso di allestimento, secondo il progetto dell'Ing. Renato Marchi, dalla ditta Rumor di Trento, la cui opera verrà prestata sotto la costante direzione e responsabilità del predetto ingegnere.

I temi da svolgere nel padiglione della Regione sono i seguenti:

- 1) « Il legno »;
- 2) « La trasformazione della vita nelle aree alpine »;
- 3) « La casa ».

Questa è stata la partenza. A suo tempo è stato costituito con regolare decreto, un Comitato regionale il quale si è riunito tre volte,

ha costituito dei Sottocomitati rispettivamente per i temi affidati a noi da svolgere nel nostro padiglione di Torino, per il legno, per la trasformazione della vita nelle aree alpine, per la casa. Poi è stato costituito anche un Sottocomitato apposito per la preparazione di un piccolo « numero unico » che illustrerà tutto il nostro padiglione.

Come si presenterà il padiglione della Regione a Torino? Credo che sia opportuno dare qualche notizia dettagliata.

Il padiglione è studiato in modo da permettere il massimo percorso al visitatore il quale, ultimo, avrà modo di seguire i vari temi in ordine cronologico e logico: davanti al padiglione è stato costituito un boschetto nel mezzo del quale troneggia il colossale tronco dell'abeto di Daone.

Limiteranno l'ingresso del padiglione le riproduzioni dei quattro cippi confinari posti al Passo Tubre (con la Svizzera), di Resia, del Brennero e di S. Candido (con l'Austria).

Farà inoltre bella mostra una pietra miliare romana prelevata dalla Via Claudia Augusta, passante per Tenna di Levico.

Una parte della ringhiera esterna del padiglione verrà sostituita con una settecentesca ringhiera in legno, tipica, di una antica casa di Vigolo Vattaro.

Nell'entrata saranno disposte le riproduzioni in fotografia di quattro castelli: due della Provincia di Trento (Sabbionara e Drena) e due della Provincia di Bolzano (Malles e Campo Tures).

Accanto alle riproduzioni saranno riprodotti su legno gli stemmi relativi, in basso, la lunga passatoia in lastre di porfido, porterà una quattrocentesca trave, dipinta e scolpita, di una antica casa di Bolzano.

« IL LEGNO »

A questo punto il visitatore troverà una

paratia in tronchi semilavorati di legnami pregiati, tipici della Regione.

Questa paratia formerà l'introduzione al tema del legno, tema ricorrente e base anche negli argomenti successivi, quali « La casa » e « La trasformazione della vita nelle aree alpine ».

Il soffitto dell'intero padiglione sarà costituito da una travatura moderna in legno, intervallata dall'innesto di un soffitto cinquecentesco in cirmolo di Mocenigo.

Dopo la paratia si avrà il proseguimento del tavolato in porfido sul quale saranno depositi alcuni antichi strumenti per la lavorazione del legno ed una modernissima « Brenta » possibilmente di produzione italiana.

Sulle vetrate saranno disposti dei pannelli di metri 2 x 2, riportanti fotografie di boschi e manufatti in legno.

Nel centro del padiglione è aperto un foro che permette la visione del sottopadiglione, trasformato in una abetaia tagliata, con un prato ricco della flora del sottobosco.

Parallelamente alla direzione di marcia del pubblico ed alla parete destra del padiglione verranno disposte delle grandi ruote, ricavate da grossi tronchi di legno, su cui poggeranno oggetti antichi in legno serventi ad illustrare sia il tema primò come pure quello della casa (antiche culle, arredi, attrezzi della Regione).

Su queste ruote poggeranno altresì 5 pannelli verticali (metri 3 x 2), i quali riporteranno grandi fotografie su entrambe le facce.

Quella prospiciente il settore « legno » e « casa » porterà alcune riproduzioni di interni casalinghi antichi o visioni di case tipiche della Regione.

« LA CASA »

Il settore del legno si innesta, poi, proseguendo, con quello della casa, rappresentato soprattutto da una stanzetta in cui viene rico-

struita una stufa in olle, settecentesca, con la relativa gabbia in legno ed il lettone sovrastante.

Questa stufa è stata prelevata da una antica casa di Rumo, in Valle di Sole.

Attorno alla fossa e davanti a 5 pannelli della vetrata vengono disposti dei leggi, ricoperti da cristalli, su cui saranno esposte fotografie illustranti case tipiche delle varie vallate regionali e documenti originali, o riprodotti, di leggi o contratti riflettenti l'economia del legname in Regione.

A questo punto si diparte il settore che descrive l'evoluzione della vita nelle aree alpine. Sul grande tavolato di porfido, che segue quasi ininterrottamente i tre lati del padiglione, saranno disposti alcuni pregevoli pezzi antichi in legno ed in ferro battuto dell'artigianato locale.

Inoltre saranno disposti, in pannelli alternati alle lastre di porfido, altri pannelli riportanti fotografie nelle quali risulti chiara l'evoluzione economica e sociale delle popolazioni di questa terra.

L'impostazione deriva dalla documentazione di alcuni (purtroppo limitati) aspetti della vita, del lavoro, dell'organizzazione sociale.

Praticamente si sono ricercate antiche documentazioni di agglomerati urbani, di attrezzi, di veicoli, ecc. e si riproducono realtà della vita presente, quali: costruzioni moderne e razionali, stalle modello, acquedotti potabili e di irrigazione, strade, mezzi di trasporto a motore, ecc.

Come sfondo a questa documentazione interessantissima verranno riprodotti, sui pannelli delle vetrate, i mutamenti operati dall'uomo sull'ambiente fisico (paesaggio morfologico e vegetale: tornanti di strada, strade in roccia, cave e detriti di cava, impianti idroelettrici, dighe e laghi artificiali, rimboschimenti e pae-

saggi) e su quello umano (centri di insediamento: industria forestieri, industria legname).

In questo settore verranno illustrati anche i dati salienti dell'economia regionale.

Alcune interessanti e belle riproduzioni fotografiche, riguardanti naturalmente « La trasformazione della vita nelle aree alpine », saranno collocate sul retro dei 5 pannelli verticali, prima descritti, e poggiati sopra le rotelle di legno.

È in preparazione inoltre, in accordo col Comitato nazionale di Torino, la giornata dedicata alla nostra Regione, che si terrà il 14 o il 15 settembre prossimo, in cui la Giunta regionale, e probabilmente anche il Consiglio regionale, saranno invitati per la commemorazione ufficiale e per la presentazione ufficiale di questo padiglione, in cui un professore farà la commemorazione, seguita da una manifestazione folcloristica, anche con la partecipazione del noto coro trentino della S.A.T.

Un altro argomento affidato al mio Assessorato è quello delle partecipazioni azionarie. Qui se ne è parlato un po' in sede di entrata, ma penso che sia opportuno dire qualche cosa. Meglio è precisare che sono in corso le assemblee delle varie società cui partecipiamo, e quindi nei prossimi mesi sarò in grado, come già fatto dall'Assessore alle finanze di cui sono il successore, di fare il punto della situazione e riferire circa l'andamento degli Enti stessi, secondo i fini che ci siamo a suo tempo proposti.

Un complesso argomento, che appunto fa parte dell'Assessorato alle finanze, è quello del servizio antincendi.

Per quanto riguarda questo importante servizio, l'Assessorato intende:

- a) Studiare una razionale riforma della legge attuale sul Servizio Antincendi, sia in riferimento a leggi nazionali uscite recentemente (vedi legge 1014 sulla finanza loca-

le), sia per aggiornare e snellire determinate procedure burocratiche ed amministrative, sia per rendere più facilitata l'acquisizione di determinati benefici previdenziali diretti ed indiretti ai vigili volontari e permanenti e per far fronte a determinate esigenze funzionali.

- b) Far approvare con sollecitudine il progetto di legge che stabilisce la facoltà di concessione di contributi alle Unioni dei vigili volontari, considerata la loro benefica opera, secondo lo spirito degli Statuti a suo tempo approvati dalla Giunta regionale.

A questo proposito confermo il parere della Giunta regionale per la concessione di 7.000.000 a favore delle due Unioni provinciali, con l'impegno per la Giunta di reperire i 3.000.000 mancanti nel corso dell'anno, utilizzando l'avanzo sul consuntivo della Cassa regionale antincendi. Detto avanzo ci sarà sicuramente, poichè lo stanziamento del contributo a favore delle Unioni per il 1960 non si è potuto utilizzare, perchè la Corte dei Conti non registrò il provvedimento per mancanza della legge rispettiva. Quindi, arriveremo a un complesso di 10 milioni per quest'anno.

Si intende inoltre seguire la pratica e portarla sollecitamente a compimento, per la costruzione della nuova caserma dei Vigili del Fuoco di Bolzano. Qui c'è stato un lungo iter, non derivante dai lavori inerenti alla costruzione, ma inerenti all'acquisizione del terreno, che era di proprietà di un ente morale di beneficenza: « I piccoli di Padre Beccaro ». Finalmente in questi giorni stiamo arrivando alla conclusione. Il prezzo del terreno è però di 75 milioni anzichè 34 milioni. Perchè si è arrivati a questo? Si è arrivati a questo perchè si era concluso l'accordo con l'opera « I piccoli di Padre Beccaro », ma l'ente di vigilanza, Prefettura di Milano, non ha approvato la relativa

delibera, e quindi si son dovute continuare le trattative e si è arrivati quindi alla conclusione del nuovo importo. Inoltre la Provincia di Bolzano, che ha acquistato un terreno finitimo, lo ha pagato molto di più di quanto si era concordato a suo tempo. Anche per questo argomento la Prefettura di Milano non aveva a suo tempo ratificato la delibera dell'opera, e si è arrivati finalmente alla conclusione di un contratto di acquisto del terreno per 75 milioni. Nel bilancio 1961, in questo bilancio, troviamo appunto i 41 milioni mancanti per poter provvedere all'acquisto. Teniamo presente inoltre che il progetto per la costruzione di tale caserma è stato fatto ancora nel '54, e quindi è in corso il ridimensionamento da parte dell'ufficio tecnico regionale, per portarlo ai prezzi attuali, e si prevede appunto di arrivare a un aumento di 40 milioni, in modo che l'importo complessivo per terreno, progetto e costruzione, sarà di circa 351 milioni. Abbiamo finanziato questi lavori, nel '54-'55-'56 e in questo bilancio, per un complesso di 307 milioni. Quindi mancano ancora 34 milioni. Si prevede di poter iniziare la costruzione verso l'autunno, quindi c'è possibilità di arrivare a sistemare questi 34 milioni mancanti col bilancio 1962, e quindi si potrà finanziare completamente questa caserma che è necessarissima per il Corpo permanente di Bolzano, che si trova attualmente male sistemato, per cui non si può, in quella sede, fare i corsi di aggiornamento per vigili volontari.

Per quanto riguarda i contributi a Corpi volontari, verrà tenuto presente un piano generale di distribuzione dei mezzi e delle forze antincendi, in modo che questi siano distribuiti nelle varie zone, proporzionalmente all'importanza dei centri, alla presenza di complessi alberghieri, industrie e centri abitati particolarmente pericolosi. Detti contributi vengono assegnati, previa presentazione di relative do-

mande, entro il termine stabilito da una circolare dell'Assessorato, e previ eventuali accertamenti in loco, da parte degli ispettori provinciali. I relativi preventivi talvolta sono modificati, in considerazione delle effettive necessità e tenendo conto dei criteri suaccennati. Si è dato inoltre avvio alla pratica presso i ministeri competenti, tendente ad ottenere che anche presso i nostri Corpi permanenti possa essere compiuto il servizio come vigile ausiliario da parte di giovani di leva della nostra Regione. Tale pratica ha buone prospettive di essere risolta favorevolmente, e così potrà essere integrato l'organico dei due Corpi permanenti, garantendo inoltre buoni comandanti ai Corpi vigili volontari periferici.

Per l'impiego dell'elicottero si terrà conto di quanto stabilito dalla legge regionale con apposito regolamento del '59, la quale legge stabiliva che l'elicottero fosse affidato al Corpo permanente dei vigili di Trento. Ogni impiego dell'elicottero per operazioni di soccorso (alpino, alluvioni, incendi, boschi, ricerca di persone, ecc.) è autorizzato dal Presidente del Comitato di vigilanza o è disposto direttamente dal Comandante del Corpo.

È in preparazione inoltre, e nei prossimi mesi sarà pronto, un manuale d'istruzione per i vigili volontari allo scopo di sopperire ad una lacuna sentita da molto tempo e allo scopo di integrare i corsi di istruzione per vigili del fuoco volontari, corsi che vengono tenuti annualmente presso il Corpo permanente di Trento.

PRESIDENTE: È aperta la discussione sulle dichiarazioni dell'Assessore. Si prega di rimettere alla discussione dei singoli capitoli, quello che può essere particolare ai capitoli. Adesso facciamo una discussione generale sulle

dichiarazioni, come avevamo detto e convenuto. La parola al cons. Benedikter.

BENEDIKTER (S.V.P.): Es ist hier nicht leicht, das Allgemeine vom Besonderen zu trennen, denn der Assessor hat in seinem Bericht jeweils einzelne Posten des Regionalhaushaltes behandelt. Entweder wir machen also überhaupt keine sogenannte Generaldebatte über seinen Bericht und sprechen über die behandelten Themen nur jeweils im Zusammenhang mit den einzelnen Posten, oder ich muß eben auf die erwähnten Sachen eingehen.

(Non è nel caso in oggetto cosa facile scindere quanto vi è di natura generale o particolare, avendo l'assessore trattato nella sua relazione sempre le singole partite del bilancio regionale. Ne consegue che o si rinuncia addirittura alla cosiddetta discussione generale sulla sua relazione, oppure discuteremo sui temi trattati soltanto in relazione con i singoli capitoli, nel qual caso però devo addentrarmi nelle materie indicate.)

PRESIDENTE: Poichè siamo giunti all'esame dei capitoli, io vi invito ad attenervi strettamente alla materia prevista negli stessi, prendendo la parola di volta in volta. Ciò è imposto dal regolamento. Altrimenti si doveva fare la discussione generale in sede opportuna.

Cap. 2 - È posto ai voti: unanimità.

Cap. 3 - È posto ai voti: unanimità.

Cap. 4 - È posto ai voti: unanimità.

Cap. 5 - È posto ai voti: a maggioranza con 1 astenuto.

Cap. 6 - È posto ai voti: a maggioranza con 3 astenuti.

Cap. 7 - Per memoria.

Cap. 8 - È posto ai voti: a maggioranza con 1 voto contrario e 2 astenuti.

Cap. 9: — « Spese per i servizi di stampa

e di informazione — L. 4.000.000 ». La parola al cons. Canestrini.

CANESTRINI (P.C.I.): Vorrei qualche notizia a questo proposito dell'Assessore competente.

PRESIDENTE: Qualche notizia? La parola all'Assessore Fronza.

FRONZA (Assessore suppl. finanze e patrimonio - D.C.): Si tratta di una spesa che è stata fatta per il servizio A.N.S.A., e posso dire che, tenendo conto delle osservazioni fatte l'anno scorso dal Consiglio regionale, in varie occasioni, durante il bilancio ed anche in Commissione delle finanze, la Giunta regionale l'anno scorso aveva disdetto il contratto per farlo in nuova forma. Qui erano state portate delle proposte circa la necessità di una maggior incidenza dei servizi A.N.S.A., ed erano stati fatti anche degli appunti circa la topografia della sede del servizio A.N.S.A. Abbiamo trattato la settimana scorsa, appunto con l'amministratore delegato dalla sede centrale dell'A.N.S.A. questo argomento, e sono in grado di comunicare al Consiglio, anche se non nei particolari, almeno in linea generale, che è allo studio, appunto in previsione della costruzione del nuovo palazzo della Regione, l'approntamento di una sala apposita per i servizi A.N.S.A. in sede del palazzo regionale. Quindi, quando si arriverà alla costruzione del palazzo, si provvederà a mettere a disposizione una sala per i giornalisti, con un apposito servizio stampa, e aggregato a quell'ufficio stampa si metterà anche la sede dell'ufficio A.N.S.A., così sarà a contatto sia del Consiglio regionale, sia della Giunta regionale, sia anche dei consiglieri. Per quanto riguarda l'incidenza delle notizie, perchè qualcuno in Commissione delle finanze ha

detto che attraverso i servizi A.N.S.A. si leggono sui giornali nazionali solo notizie riferenti a questo o a quell'altro piccolo argomento, ma non a problemi economici, o legislativi, o amministrativi inerenti alla Regione, posso dire che recentemente, quest'anno, si sono avuti notevoli servizi da parte dell'A.N.S.A. Basti vedere, in varie occasioni, quale è stato il risultato della inclusione nel servizio A.N.S.A. di notizie relative alla Regione e vedere anche il riflesso che si è avuto in sede di stampa nazionale. Mi pare che in due o tre occasioni, siamo arrivati ad avere 45 giornali che riportarono in sede nazionale notizie riferentisi a dati di carattere economico, ad argomenti inerenti a leggi che si discutevano in Consiglio regionale. Comunque è senz'altro allo studio un potenziamento, ma è stato tenuto conto, da parte del servizio A.N.S.A., dei rilievi portati in Consiglio, portati anche in sede di Giunta regionale. E poi con una adeguata sede dell'A.N.S.A. presso il nuovo palazzo della Regione, certamente si potrà arrivare a un potenziamento, si potrà arrivare anche a garantire una maggiore incidenza, una maggiore attività e anche maggiori risultati.

PRESIDENTE: La parola al cons. Canestrini.

CANESTRINI (P.C.I.): Volevo osservare un'altra cosa e cioè che, pur non essendo stanziato a questo scopo nella spesa, rientra certamente nella valutazione generale, rispetto a questo capitolo, anche il fenomeno relativo al notiziario regionale, che non grava con spesa di carattere economico e finanziario sul nostro bilancio, ma grava certamente sull'impostazione spirituale-ideologica del bilancio stesso. E vorrei anche a questo proposito sapere se dal punto di vista della legge scritta, o se soltanto

del rapporto di buon vicinato e di correttezza, tra il Consiglio e il notiziario regionale trasmesso dalla radio Bolzano, è possibile ottenere servizio di maggior ampiezza anzitutto, e di oculata obiettività poi. Cioè se la Giunta ritiene, anche non fosse questo un compito suo specifico e statutario, ma nel quadro generale della popolarizzazione obiettiva e ampia dei lavori del Consiglio e delle decisioni che in sede regionale vengono qui coscientemente prese, che non sia possibile ottenere quello che io dicevo prima, onde ovviare a qualche notiziario troppo breve, troppo stringato, in materia politica ed eccessivamente lungo ad esempio su notizie varie, del contadino che beve l'acido muriatico del quale penso, deve interessare molto meno rispetto ai problemi di fondo della vita regionale. E in secondo luogo onde ovviare a inconvenienti quali quelli qui altre volte denunciati, di una certa sperequazione, nella valutazione di interventi e di apporti dati alle discussioni dai consiglieri di minoranza, rispetto ai colleghi di maggioranza. Sentiamo qualche volta sorvolare o appena accennare il nome di chi ha fatto l'intervento, mentre si dà più peso alla risposta che l'intervento ha avuto. Non vi è dubbio che ci sono delle responsabilità maggiori da parte dell'amministrazione, vi è però altrettanto desiderio da parte della gente, e mi si dice che questo notiziario viene ascoltato sempre più frequentemente nei nostri paesi, di ottenere massime garanzie democratiche in questo senso.

PRESIDENTE: La parola all'Assessore Fronza.

FRONZA (Assessore suppl. finanze e patrimonio - D.C.): Vorrei osservare che la R.A.I. è un organo libero, però è un organo statale che comunque ha una commissione parlamentare di vigilanza. Quindi se risultano, come è stato detto anche recentemente in Commissione

finanze della Provincia, rilevazioni o violazioni, queste possono essere fatte presenti alla Commissione parlamentare di vigilanza. Comunque, per quanto riguarda le notizie trasmesse dal notiziario regionale, quelle non dipendono certamente da noi, ma dipendono dai resoconti che verranno passati dai giornalisti presenti per conto della R.A.I. alle sedute del Consiglio regionale.

PRESIDENTE: Prego, cons. Canestrini.

CANESTRINI (P.C.I.): Il mio intervento non era affatto polemico come, seppure cortesemente, è il contenuto della risposta. Io permettevo di essere perfettamente al corrente del fatto che la R.A.I. non è in rapporti nè di dipendenza, nè di stipendio rispetto al Consiglio o all'Assessore che mi ha risposto. Questo è un dato di fatto. Io dicevo se era possibile, con i rapporti di buon vicinato che certamente ci sono, far sì che l'Assessore e gli organi consiliari stiano più vicini a questo servizio, onde potenziarlo nell'interesse delle popolazioni, e come quantità di notizie e come obiettività di notizie; evidentemente ci sono poi quegli strumenti a cui l'Assessore Fronza ha accennato, ma sono quelli a cui nessuno vorrebbe rivolgersi, fiduciosi come siamo che tutto proceda, o debba procedere, per il meglio.

PRESIDENTE: Ad ogni modo farò presente personalmente la cosa ai rappresentanti della R.A.I., per vedere se è possibile far risaltare meglio gli interventi di tutti. Questo far presente non intacca l'autonomia di nessuno. Io non lo seguo, quindi non posso affermare se sia vero o meno, mi devo fidare un po' di quello che dicono i consiglieri. Possiamo farlo presente.

La parola al cons. Ceccon.

PREVE CECCON (M.S.I.): Se bene ho afferrato, on. Presidente, mi sembrava che prima l'Assessore preposto al patrimonio e alle finanze, avesse fatto cenno del futuro servizio A.N.S.A., nel futuro pentagono. In merito a questo, io avrei piacere di sentire delle delucidazioni che possiamo fissare se non altro a verbale. A me interesserebbe sapere di questa organizzazione, che si prevede per la nostra futura attività, come verrà attuata, cosa si intende per ufficio A.N.S.A. della Regione. Si intende attrezzare l'ufficio che nel nuovo palazzo sarà costruito, con le telescriventi, in modo da ricevere tutte le notizie che l'A.N.S.A. trasmette, o significa piuttosto che la Regione costituisce un proprio ufficio, con propri dipendenti, con proprio responsabile, o significa ancora che prendiamo un giornalista che viene segnalato dall'A.N.S.A. e facciamo contratti anodini, tipo quelli dei quali abbiamo discusso da quando qui dentro ci troviamo a discutere ogni anno il bilancio? Una precisazione in merito sarebbe veramente utile poterla accogliere.

PRESIDENTE: Altri chiedono la parola? La parola al cons. Wahlmüller.

WAHLMÜLLER (S.V.P.): Das Presseamt der Region gibt außer dem Pressedienst für die Zeitungen auch eine wöchentliche Presserundschau heraus. Diese Presserundschau ist bisher nur italienisch erschienen. Ich möchte anfragen, ob es nicht geeignet erscheint, diesen Pressedienst — der ja auch für uns von ziemlicher Bedeutung ist — doppelsprachig herauszugeben.

(L'Ufficio stampa della Regione pubblica oltre ad un servizio per i quotidiani pure un bollettino settimanale. Quest'ultimo è stato però pubblicato finora solamente in lingua italiana. Vorrei pertanto sapere, se non fosse op-

portuno di pubblicarlo nelle due lingue, essendo lo stesso anche per noi di una certa importanza.)

PRESIDENTE: La parola all'Assessore suppl. Fronza.

FRONZA (Assessore suppl. finanze e patrimonio - D.C.): Vorrei precisare al cons. Ceccon, che naturalmente non si tratta di costituire un ufficio A.N.S.A. alle dipendenze della Regione, ma si tratterà, nel futuro palazzo regionale, di mettere a disposizione una sala per i giornalisti e per i servizi A.N.S.A. L'A.N.S.A. quindi provvederà in proprio. Naturalmente è un argomento che per i suoi dettagli, per i suoi aspetti personali e altre cose, sarà studiato in futuro. Comunque è intenzione da parte dell'Assessorato di studiare e di orientarsi verso questa soluzione, appunto, come si diceva prima, per mettere più vicino al Consiglio regionale il servizio A.N.S.A. e metterlo anche a disposizione del Consiglio regionale ed eventualmente dei singoli Assessori e dei consiglieri. Per quanto riguarda la richiesta del cons. Wahlmüller, penso che l'argomento si possa risolvere, quindi lo esaminerò e vedremo di portarlo a soluzione.

PRESIDENTE: La parola al consigliere Nardin.

NARDIN (P.C.I.): Indubbiamente le risposte che l'Assessore Fronza ha dato, sono ancora vaghe. Innanzitutto sono certo che se non ci fosse stata quella determinata persona che in questi anni serve così bene un certo quotidiano regionale, e quindi si serve dell'uno e dell'altro settore, probabilmente il problema dell'A.N.S.A. non sarebbe stato realizzato nei termini in cui si è realizzato. L'anno scorso il Consiglio regionale è insorto in buona parte

contro questo stato di cose, anche per queste ragioni: perchè chiaramente dietro il servizio A.N.S.A., dietro questa convinzione, dietro queste cose, sta l'interesse di una parte e di qualche uomo, che serve poco bene — secondo me — la Regione, per quanto riguarda le informazioni. Servirà bene quel determinato quotidiano, ma a mio parere, male la Regione. Ora, a sentire l'Assessore Fronza, ci sarà questo abitato a disposizione dell'A.N.S.A. Allora io sollevo una questione di principio. Un domani che ci saranno questi spazi, perchè con l'A.N.S.A. soltanto ci deve essere un tipo di convenzione? Perchè quello conviene al direttore responsabile di un determinato quotidiano come regalo di nozze o meno? Io credo che debbano essere accreditate, in linea di principio, tutte le agenzie principali, e quindi la Regione deve trovare il modo di mettere a disposizione quello che può mettere a disposizione, non soltanto per l'agenzia A.N.S.A. E anche la convenzione non deve esser fatta soltanto con l'A.N.S.A. ma possibilmente si deve trovare una forma di convenzione anche con qualche altra agenzia. Quindi, io sarei lieto di sentire domani tra le relazioni che ci ha promesso l'Assessore Fronza, — perchè oggi ci ha fatto una relazione, però su alcuni temi ci ha rinviati a successive relazioni che faranno il punto della situazione, vedi il caso delle Terme di Levico, vedi il caso delle partecipazioni azionarie —, una terza relazione, che faccia il punto della situazione per quanto riguarda il principio che la Regione, ente pubblico di una notevole importanza, deve trovar il modo di accreditare tutte le agenzie, mettendo in condizione tutte le agenzie — o almeno le più importanti — di poter adempiere ai loro compiti e deve trovare una forma adeguata per stipulare una convenzione, non soltanto con una agenzia, ma con più agenzie. E sono d'accordo col

collega Wahlmüller, perchè le cose che vengono distribuite per iscritto siano anche in lingua tedesca, in quanto è non soltanto un principio, ma è anche una comodità, signori, avere in lingua tedesca tante cose che esistono soltanto in lingua italiana. Parlo non per me personalmente, ma per quei cittadini di lingua tedesca che si vogliono servire di questo servizio direttamente o indirettamente. Da questo punto di vista credo che vada rivista tutta la questione, e non continuare, seppure con altri uomini, e con altre parole, quello che è stato fatto sinora a questo riguardo. E quindi, per queste ragioni, stante le risposte dell'Assessore, stante questi interessi che si vogliono mantenere e coprire con queste dizioni e con questi stanziamenti, voterò contro.

Per quanto riguarda la R.A.I., sono d'accordo col collega Canestrini. Sono lieto che il signor Presidente si sia assunto il compito di segnalare la questione qui sollevata alla R.A.I., perchè effettivamente si dovrebbe avere un maggior riguardo, nel Gazzettino delle Dolomiti e in certe corrispondenze R.A.I., dell'attività della nostra Regione. Il tirar fuori la Commissione parlamentare va fino a un certo punto, Assessore Fronza. Che cosa non si può fare in uno Stato di diritto come l'Italia? che è poi lo Stato del « dritto », non del « diritto ». E prima di arrivare a farsi ascoltare dalla Commissione parlamentare, ha mai parlato lei con il sen. Jannuzzi, Presidente? Provi a chiedergli tutto il meccanismo della vigilanza di questa Commissione parlamentare. Io credo che ci siano possibilità locali, di una maggiore buona vicinanza nei confronti della R.A.I. da parte del nostro ente. Se le cose non cambieranno, io penso che si potrebbe anche un domani, tramite le Province soprattutto, rivendicare ai sensi, non dico dello Statuto ma quasi, l'istituzione di una commissione in ogni Provincia,

se non di vigilanza, che abbia perlomeno la possibilità di dire qualche cosa a questo riguardo. Quindi, credo che dovrà esserci soprattutto l'iniziativa locale nei confronti della R.A.I., anzichè quella di Roma che ci porterebbe a perdere di vista qualsiasi cosa e soprattutto a disperdere inutilmente argomenti.

PRESIDENTE: Altri chiede la parola? La parola all'Assessore Corsini.

CORSINI (Assessore industria e turismo - P.L.I.): Mi sembra quasi doveroso prendere la parola su questo capitolo, anche se non appartiene all'Assessorato dell'industria e turismo, perchè anche negli anni trascorsi ho parlato su questo argomento, sia in sede di commissione, sia da quel banco consiliare, ogni qualvolta si è presentata la questione del contributo che la Regione sopporta per la realizzazione e per l'attività dell'Ufficio A.N.S.A. di Trento. E negli anni precedenti avevo espresso alcuna riserve, che non ho affatto in animo di sottacere o di diminuire neppure da questo banco. Ma credo che, forse, può essere elemento di soddisfazione e di conforto per le opposizioni, alle quali anch'io fino a qualche mese fa appartenevo, il sapere un po' più dettagliatamente direi che per il passato, come è stato affrontato questo problema dalla Giunta, e quali sono gli elementi che sono stati presi in esame, e quali le risoluzioni che si hanno in animo e che si ha la certezza di veder realizzate in un prossimo futuro. Il collega Assessore Fronza ha detto una cosa di rilevante importanza, che forse da chi è successivamente intervenuto non è stata a sufficienza valutata. Ha parlato del luogo. Io ricordo che, sia da parte mia che da parte di altri colleghi della minoranza d'allora, si erano sollevate riserve su tre punti fondamentali, dei quali m'ero fatto portavoce perchè mi lasciavano perplesso nel pas-

sato. E si trattava:

- 1) del luogo in cui era dislocato l'Ufficio A.N.S.A.;
- 2) dell'incidenza che questo servizio poteva effettivamente avere per raccogliere le notizie che dal di fuori riguardano la nostra Provincia, e per trasmettere alla stampa italiana e poi, attraverso altri servizi, alla stampa estera, le notizie che concernono e interessano la Regione;
- 3) dell'obiettività.

Sulla necessità che la Regione intervenga ad assicurare l'esistenza di un ufficio A.N.S.A. in Trento, capoluogo della Regione, non mi sembra di aver avuto motivi di dubbio nè nel passato e nemmeno di averne ora. Che un capoluogo di Regione ove siede un Consiglio regionale, un Governo regionale, abbia a sua disposizione, non solo dal punto di vista della dipendenza, ma della possibilità di servirsene, un mezzo di diffusione stampa come quello dell'A.N.S.A., mi pare non possa essere sconosciuto da nessuno come necessario e utilissimo. Resta il fatto che l'A.N.S.A. è un'agenzia di stampa e che agisce come tale e che, perciò, presta e organizza i propri servizi lì dove ci siano le basi sufficienti di utilizzazione di tali servizi, al fine di poter coprire quelle che sono le spese di gestione del servizio stesso. È evidente che, essendoci qui a Trento un unico quotidiano che si vale del servizio A.N.S.A., questa sarebbe stata indotta, ove non avesse avuto la possibilità di contare su altri mezzi, a trascurare questa nostra città, mentre invece cura altre città dove i mezzi di diffusione stampata sono più numerosi ed assicurano una convenienza economica. Detto questo, è sempre sembrato anche a me, come agli altri colleghi di allora, che la dislocazione dell'ufficio A.N.S.A. vicino ad un giornale, in un certo senso lasciasse pensare ad una convivenza che

poteva essere causa di preoccupazioni. Ora, quando la Giunta regionale vi dice che nella revisione di questo contratto con l'A.N.S.A. si è arrivati alla conclusione che l'ufficio A.N.S.A. sarà trasportato in un'altra sede, e vi dice addirittura che per rendere possibile la cosa predisporrà nel Palazzo della Regione una sala che sarà a sua disposizione, mentre accanto ci sarà una sala per giornalisti di qualsiasi tendenza, mi pare che la Giunta regionale abbia assicurato una condizione di vita isolata e indipendente a questi servizi giornalistici, tale da creare la premessa dell'obiettività, o per lo meno la premessa che ciascuno di questi giornalisti potrà indirizzarsi a seconda di quella che sarà la corrente che il giornale stesso rappresenta. Per quanto riguarda l'incidenza, anche questo è stato un elemento trattato dall'Assessore con i rappresentanti dell'A.N.S.A., e noi ci auguriamo che il servizio A.N.S.A. diventi sempre più intenso, e dal punto di vista della quantità e da quello della qualità. Ci auguriamo che attraverso il servizio A.N.S.A., le notizie riguardanti la vita politica ed amministrativa della Regione, vengano effettivamente portate a conoscenza ed a disposizione di tutti gli organi di stampa della Repubblica. I rapporti tra l'ufficio centrale dell'A.N.S.A. e il personale A.N.S.A. di Trento, sono rapporti nei quali la Regione come tale non può intervenire. Io credo — io che sono sempre stato uno dei più decisi assertori di questa necessità di revisione per tutta la situazione — credo oggi di poter dire che nel momento in cui l'ufficio A.N.S.A. sarà entro una sede regionale, a disposizione di tutti, amministrazione, Assessori ed anche consiglieri, per dare e per ricevere notizie, quando questo servizio sarà potenziato in modo che ogni giorno ci siano righe e righe di comunicazioni, ma importanti, essenziali sulla vita politica ed amministrativa del-

la nostra Regione, e saranno diffuse agli organi di stampa della Repubblica; quando, come auspicabile, per il servizio A.N.S.A. e per tutti gli altri organi di stampa ci sarà una effettiva e serena obiettività di informazione, credo che in quel momento questo problema potrà essere considerato positivamente risolto.

PRESIDENTE: La parola al cons. Nardin per la seconda volta.

NARDIN (P.C.I.): Soprattutto perchè mi pare che l'intervento del membro del Governo regionale, Corsini, non abbia voluto cogliere l'importanza di certe tesi espresse da questa parte. L'Assessore Corsini dice che se la Regione non si fosse interessata con la famosa convenzione, con tante altre cose dietro a questa convenzione, per assicurare questo servizio, l'A.N.S.A. non avrebbe preso in considerazione una sua sede, una sua permanenza a Trento. Evidentemente l'A.N.S.A. può fare questi discorsi per dire: prendere o lasciare, ma non credo che proprio sarebbe avvenuto ciò. A Bolzano l'A.N.S.A. ha una agenzia col suo personale, l'agenzia Italia ha una agenzia col suo personale, tanto per dire, eppure non ci sono particolari convenzioni mi pare, con la Regione o con la Provincia, o con altri enti. Vedono l'utilità, e credo che pari utilità l'avrebbero trovata anche a Trento. Ma superiamo anche questo, anche la storia del personale, caro Corsini, benchè ci sarebbe parecchio da discutere. Io sollevo una questione di principio: perchè si deve far capo soltanto ad una agenzia, che lavora ancora su un piano non proprio soddisfacente? L'Assessore Corsini dice: quando l'agenzia farà questo, se l'agenzia farà questo, un domani l'A.N.S.A. farà questo e quest'altro, allora tutto andrà bene. Vuol dire che questi se, questi quando, questi come, stan-

no a denunciare che ancora il servizio non è così come lo vorrebbe l'Assessore Corsini, e probabilmente come lo vorremmo noi. Allora, un domani, in questo abitacolo che si metterà a disposizione soltanto dell'A.N.S.A., da parte della Regione accanto a quella famosa stanza dove avranno libero accesso i giornalisti, che cosa avverrà? Avverrà che si dovrà far capo soltanto a una agenzia, all'A.N.S.A., che sarà lì in permanenza a lavorare, a dire, a fare e a brigare. Questo sta bene, ma io penso che allora si potrebbe trovare anche la maniera di ospitare altre agenzie giornalistiche, la vostra « Italia » ad esempio, ed altre per mettere in grado tutti, e i giornalisti in primo luogo, di ottenere informazioni non da un'unica fonte, ma anche da altre fonti. E soprattutto questo potrà servire per la stampa nazionale ed estera, in quanto più agenzie potranno fare più di una sola. Quindi, io è in questo senso che vorrei che la questione venisse rivista, non quindi basarsi soltanto sull'A.N.S.A., ma anche su altre agenzie, in maniera che si possa avere sul piano locale, sul piano nazionale, un più ampio panorama di materiale, di informazioni, di punti di vista anche. E quindi anche dopo l'intervento dell'Assessore Corsini, il quale dice che è stato esaminato in Giunta accuratamente questo particolare tema, che tanto scalpore ha suscitato nel passato in questa Assemblea, rimango ancora con le mie convinzioni e veramente mi sento di votare tranquillamente contro questo stanziamento proposto.

PRESIDENTE: Nessun altro chiede la parola sul capitolo? Metto in votazione il cap. 9: approvato a maggioranza con 4 voti contrari e 8 astenuti.

Cap. 10 - « Spese per pubblicazioni di carattere specifico sull'economia regionale. Contributi e sussidi per pubblicazioni di carattere

tecnico economico che riguardano la produzione industriale ed agricola della Regione L. 6.000.000. »

È stato proposto un emendamento che inserisce, dopo la parola « spese », le parole « per studi ». Questo è l'emendamento della Giunta. È aperta la discussione.

La parola al cons. Benedikter.

BENEDIKTER (S.V.P.): Aus der Aufstellung über die Verteilung der Haushaltsposten auf die beiden Provinzen, die ich erhalten habe, geht hervor, daß von dem Betrag von 6 Millionen im Haushalt 1960 122.000 für die Provinz Trient ausgegeben wurden und 830.000 für die Provinz Bozen. Ich möchte fragen, ob mir der zuständige Assessor über die einzelnen hier ausgeworfenen Beträge gleich nähere Angaben machen könnte, damit wir beurteilen können, ob eine gerechte Verteilung auf beide Provinzen vorgenommen wurde.

(Dall'elenco riguardante la ripartizione dei capitoli di bilancio per provincia da me avuto risulta che della somma di sei milioni nell'esercizio finanziario del 1960 sono state spese 122.000 lire per la provincia di Trento e 830.000 lire per la provincia di Bolzano. Vorrei in proposito sapere, se l'assessore competente è in condizione a fornirmi seduta stante maggiori dettagli sui singoli stanziamenti, e ciò per essere in grado di vedere, se la ripartizione alle due province è stata fatta giustamente.)

PRESIDENTE: Altri chiedono la parola? La parola al cons. Nardin.

NARDIN (P.C.I.): Non per sostenere questa richiesta che, secondo me, immiserisce il contenuto della spesa. Perchè, quand'anche si sapesse che sarà equamente distribuito, il problema è: per che cosa? Ecco, non basta il ti-

tolo, bisognerebbe vedere il contenuto di questi studi. Prendo la parola per sostenere questo punto di vista: che sarebbe ora di finirla di spendere milioni nel corso dell'anno per pubblicazioni di specifico carattere sull'economia regionale, contributi e sussidi per pubblicazioni di carattere tecnico economico e così via, che non danno, sono certo, siamo convinti in più d'uno qua dentro, e lo abbiamo detto con molta chiarezza nel corso di questi anni, non danno un risultato. Bisogna porsi il problema dell'ufficio studi, per il quale vale la pena di spendere, ma un ufficio studi degno di questo nome. Non un funzionario incaricato di questo, non una targa messa su un ufficio. Sono anni che chiediamo che la situazione economica regionale venga studiata, dopo che l'inchiesta Toschi è stata condotta. Abbiamo chiesto che i risultati di questa inchiesta vengano messi in uno studio circa un piano di sviluppo economico sociale nella nostra Regione, perchè non basta fotografare bene una situazione, — l'inchiesta Toschi in buona parte ha bene analizzato la situazione storica attuale, ecc. dell'economia del Trentino e Alto Adige, ma bisogna pensare al futuro, servendosi di questi preziosi studi. Ci siamo sentiti dire dall'Assessore Corsini, in commissione regionale finanze, che probabilmente si andrà a cercare un grande istituto di studi, non so se milanese o di marca americana, o italo-americana, non so che cosa, il quale venga a studiarci la situazione per quanto riguarda un piano di sviluppo della nostra economia. A questo punto siamo arrivati. Dopo i famosi uffici studi che il professor Saraceno doveva presiedere, dopo non so quante promesse in merito, dopo milioni di pubblicazioni di carattere specifico sull'economia regionale ecc., siamo arrivati al punto di avere speso un sacco di milioni, aver parlato tanto di prospettive, e di dover, nel 1961, — ecco la

politica nuova della nuova amministrazione — andare alla ricerca di un istituto Gallup o Doxa che ci preveda il futuro attraverso chissà quali cabale, chissà quali calcoli. Ora, è possibile continuare? Ma io mi aspettavo veramente qualche cosa, non dai convergenti, ma dalla nuova Giunta che ha sostituito l'avv. Odorizzi, la quale ha promesso di dare una sterzata. Qualche membro della D.C. viene ogni tanto a dirci: Nardin, vi accorgete che c'è un altro spirito autonomistico? Ma dove è questo spirito? È tanto spirito che appunto nessuno lo vede. Ora, non dico sulle grandi cose, per l'amor del cielo, i Robespierre non siedono per ora lì, ma almeno su queste cose cambiare. Togliere alcuni milioni, impegnarsi per istituire un ufficio studi, cambiare dopo dieci anni una prassi, come la chiamate. Almeno questo. Ma quello che non andava bene fino all'anno scorso per certi colleghi, oggi ex colleghi, adesso va bene invece e si continua a sperperare milioni, a disseminare così. Voi dite: 6 milioni son pochi. Sono tanti, signori, quando li togliamo più volte da necessari settori dove andrebbero investiti.

Quindi, io mi sento di protestare contro questo andazzo. Mi sento di protestare per il fatto che la Giunta regionale non sente ancora di modificare questo tipo di spesa, e non sente ancora l'impegno di istituire un efficiente ufficio studi regionale, che finalmente consenta al nostro ente di ordinare meglio lo studio, e soprattutto serva per tutta la nostra futura amministrazione.

PRESIDENTE: La parola al Presidente della Giunta.

DALVIT (Presidente G.R. - D.C.): Quello che si fa fatica a non raccogliere nelle dichiarazioni rese ora dal cons. Nardin è il tono. Sic-

come credo che di quanto ha detto, questo sia uno degli elementi da non raccogliere, lo lascerò da parte, perchè non mi fa meraviglia come non mi meraviglia la protesta che egli ha fatto. Ha diritto anche di protestare; accettiamo anche la protesta. Quello che mi meraviglia, invece, è il fatto che — sia pur piena di silenzi — la mia relazione non sia stata intesa per quello che aveva di significativo proprio in questo settore. Io non protesto, non mi agito; richiamo solo ad una rilettura, che potrà essere utile al fine della comprensione del tema sollevato. Per quanto concerne questo capitolo, dirò che è difficile, cons. Benedikter, fare una ripartizione per Province. A parte la questione di principio che su ogni capitolo non sarà materialmente possibile, nè questo conviene alla Provincia di Bolzano, nè conviene alla Provincia di Trento, ripartire esattamente a metà e metà le spese è impossibile. Le dirò che qui, per esempio, la stampa della relazione sulla situazione economica regionale, dove la colloca lei? sulla Provincia di Trento o sulla Provincia di Bolzano? Della pubblicazione che è stata fatta sui bacini, sulle sistemazioni idraulico-forestali, cosa ne facciamo? La sistemiamo sulla Provincia di Trento o sulla Provincia di Bolzano? Magari su tutte e due. Il volume « Operare », parte della spesa del quale che è stato stampato in italiano e parte in tedesco, come la colloca? Sulla Provincia di Trento o su quella di Bolzano? Quindi, vede, è un po' difficile essere rigidi quando si prendono iniziative di questo tipo — ne ho citato tre, potrei citarne qualche altra; — e son queste le iniziative che hanno gravato su questo capitolo. Le dirò che lì si è messo effettivamente « Provincia di Trento »; ma lei non deve inforcarlo come motivo, non dico polemico, ma di discussione. Le dirò che queste pubblicazioni le abbiamo messe a carico della Provincia di Trento;

quindi, teoricamente, avremmo dovuto collocare questo capitolo fra quello degli indivisibili, fra quelli che non si possono dividere esattamente a metà. Quindi è vero che nella statistica che a lei è stata data c'è questa distinzione: è risultato che si son spesi 3 milioni per la Provincia di Trento, e 800.000 lire per la Provincia di Bolzano. Giunti a questo punto — si fa riferimento poi a qualche altra, intendiamoci, ci son altre piccole cose oltre a quelle che ho detto io, pubblicazioni già fatte e così via — preferirei dire questo: che, salvo le iniziative della Giunta in ordine al problema degli studi e così via (indubbiamente sui 6 milioni avremo e avrete la possibilità di studiare le proposte concrete; con i 6 milioni veramente poco si fa), i signori consiglieri, se ci sono iniziative utili, pubblicazioni valide, le segnalino. Non mi consta che presso l'Assessorato, nè presso la Presidenza giacciono domande o proposte che non siano state evase e che abbiano il contenuto dell'utilità per lo studio sull'economia regionale. Quindi, molto dipende dall'iniziativa della Giunta, e qui in quel lasso di tempo che è indispensabile per la strutturazione, per lo studio, per la messa a punto di quelli che sono gli strumenti, la Giunta per conto proprio provvederà. Resta vero che, se iniziative di singoli o di altri gruppi fossero in atto e di esse ci venisse data nozione, sarà nostra cura di tenerne esattamente conto, siano esse della Provincia di Bolzano, siano esse della Provincia di Trento; per noi non fa nessuna rilevanza in questo caso. Più noi studiamo, più noi facciamo proposte, meglio certamente indizzeremo anche la nostra opera.

PRESIDENTE: La seduta è rinviata a mercoledì alle 9.

(Ore 13,05).